

# RECHTSPOPULISMUS IN GESTALT EINER „BÜRGERBEWEGUNG“

Struktur und politische Methodik  
von PRO NRW und PRO DEUTSCHLAND

NEUFASSUNG 2010



EXPERTISE  
DER ARBEITSSTELLE NEONAZISMUS  
FORSCHUNGSSCHWERPUNKT  
RECHTSEXTREMISMUS UND NEONAZISMUS  
DER FACHHOCHSCHULE DÜSSELDORF

# Impressum

## Herausgeber

---

**Jugendamt Essen für den Ak Ruhr – Arbeitskreis gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen**

Kontakt: Jugendamt Essen/Politische Bildung  
Horst Zimmer  
Postfach, 45121 Essen

**Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW)**

Helmholtzstraße 28,  
40215 Düsseldorf

## Erstellt von

---

**Arbeitsstelle Neonazismus / Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf**

**Verfasser:** Alexander Häusler unter Mitarbeit von Jürgen Peters und Tomas Sager

## Druck

---

Stadt Essen, Amt für zentralen Service, März 2010

Düsseldorf, März 2010

*Sämtliche Nachdrucke oder sonstige inhaltliche Wiedergaben der Expertise – auch in Auszügen – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Verfassers.*

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	Seite 6
<b>Einleitung</b> .....	Seite 7
<b>Kulturalisierter Rassismus</b> .....	Seite 10
<b>PRO KÖLN</b> .....	Seite 12
<b>PRO NRW</b> .....	Seite 15
<b>PRO D</b> .....	Seite 21
<b>PRO NRW und die Konkurrenz Rechtsaußen</b> .....	Seite 23
<b>Strategie und Propaganda</b> .....	Seite 32
<b>Von Rechts zur Mitte</b> .....	Seite 35
<b>Zehn Punkte gegen rassistischen Populismus</b> .....	Seite 38
<b>Adressen</b> .....	Seite 43

# Vorwort

Diese Handreichung ist eine Neufassung einer im Oktober 2007 erstellten Expertise über die so genannte PRO-Bewegung, einer neuen Wahlgruppierung der extremen Rechten, die im Mai 2010 erstmalig unter dem Label PRO NRW zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen antritt. Nachdem die Ursprungsformation dieser Gruppierung, die „Bürgerbewegung pro Köln“ (PRO KÖLN), von der Domstadt aus versuchte, ihren Wirkungskreis in NRW zu erweitern, trat der Migrationsrat der Stadt Oberhausen mit der Bitte an die „Arbeitsstelle Neonazismus“ der Fachhochschule Düsseldorf heran, Informationsmaterial zum Umgang damit zu erstellen.

Dies war notwendig, weil in der kommunalen politischen Debatte weitestgehend noch Unklarheit über die genaueren Hintergründe und Propagandamethoden dieser Rechtsaußen-gruppierung vorherrschte, die sich besonders die zugewanderten muslimischen Bürgerinnen und Bürger zur Zielscheibe ihrer rassistischen Anfeindungen erkoren hat. Auch in anderen Kommunen tauchten Nachfragen zu den Kampagnen der PRO-Bewegung gegen unsere Einwanderungsgesellschaft, gegen Minderheiten und dabei besonders gegen Muslime auf.

Daher nahm sich die „Landesarbeitsgemeinschaft der Migrantenvertretungen in NRW“ (LAGA NRW) des Themas an und bat die Arbeitsstelle Neonazismus um eine Expertise über die PRO-Bewegung in Form einer Broschüre. Die Broschüre fand weite Verbreitung in den Kommunen. Die LAGA NRW betrieb zudem gemeinsam mit der Arbeitsstelle Neonazismus konkrete Aufklärungsarbeit vor Ort in Form von Veranstaltungen über das Wirken dieser Gruppierung in vielen Städten Nordrhein-Westfalens in Kooperation mit Politik und Verwaltung, den ortsansässigen Migrations- und Integrationsräten und antifaschistischen Initiativen.

Mittlerweile existieren weitere Informationen über diese als „Bürgerbewegung“ getarnte Wahlgruppierung der extremen Rechten. Die bislang umfangreichste Auseinandersetzung mit der PRO-Bewegung und zugleich erste wissenschaftliche Buchpublikation ist unter dem Titel „Rechtspopulismus als Bürgerbewegung“ im VS-Verlag für Sozialwissenschaften erschienen. Doch in der breiten Öffentlichkeit ist vielerorts nach wie vor immer noch unbekannt, was sich hinter dem geschickt gewählten Label „PRO“ auf Flugblättern, auf Unterschriftenlisten wie auf dem Wahlzettel verbirgt.

Der „Arbeitskreis Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen“ (Ak Ruhr), dem weit über 50 kommunale Jugendämter, öffentliche Einrichtungen, Organisationen und Vereine angehören, nahm sich deshalb im Vorfeld der Landtagswahlen in NRW erneut des Themas an und bat die Arbeitsstelle Neonazismus um eine Aktualisierung der Expertise.

Dies haben wir nun mit dem Anliegen umgesetzt, in komprimierter und leicht verständlicher Form eine aktuelle Hilfestellung für die konkrete Aufklärung über rechtspopulistische und kulturell-rassistische Kampagnen von Rechtsaußen in den Kommunen bieten zu können.

# Einleitung

Die PRO-Bewegung mit ihrer Ursprungsformation PRO KÖLN und ihren Exportmodellen PRO NRW und PRO Deutschland (PRO D) ist eine neue Wahlgruppierung der extremen Rechten, die – getarnt als „Bürgerbewegung“ – versucht, sich von der Domstadt Köln aus in NRW und darüber hinaus in ganz Deutschland auszubreiten.

Erste Wahlerfolge erzielte diese neue Rechtsaußengruppierung bei den Kommunalwahlen 2004 in Köln, wo ihr der Einzug in den Rat der Stadt glückte. Bei den folgenden Kommunalwahlen 2009 konnte sie diesen Erfolg leicht ausbauen und sich zudem in weiteren Kommunen ausbreiten.

Offenkundiges Bestreben ist es hierbei, auf dem Ticket weit verbreiteter Vorurteile gegen Muslime mit antiislamischen Kampagnen Stimmungen unter rassistischen Vorzeichen zu erzeugen und in Wahlerfolge umzumünzen. Diese Gruppierung entstammt dem Lager der extrem rechten Parteienlandschaft und ringt mit den anderen Rechtsaußenparteien um die Stammwählerwählerschaft dieses Lagers. Zugleich bemüht sich diese Gruppierung jedoch um das Eindringen in breitere Wählerschichten. Im Unterschied zu offen neonazistischen und demokratiefeindlichen Parteien wie der NPD bekleidet sich die PRO-Bewegung mit einer rechtspopulistischen Hülle: Forderungen nach Volksentscheiden dienen dabei dem offenkundigen Bestreben der Instrumentalisierung von Mitbestimmung als Vehikel zur Kampfansage an den interkulturellen Frieden.

Folgende *Merkmale* sind es, die diese Rechtsaußenformation von der herkömmlichen extrem rechten Parteienlandschaft unterscheiden:

1. ihre Maskerade als scheinbar lokale oder regionale „Bürgerbewegung“
2. ihre rechtspopulistische Verzerrung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten
3. ihre Fokussierung auf Kulturrassismus in Form von Anti-Islam-Kampagnen
4. ihr Versuch zur Besetzung eines neuen politischen Ortes
5. ihre öffentlichkeitsorientierte populistische Eskalationsstrategie

**Zu 1:** Mit dem geschickt gewählten Label PRO versucht diese Rechtsaußengruppierung, unter dem Deckmantel einer „Bürgerbewegung“, die sich scheinbar für kommunale Belange einsetzt, in rechtspopulistischer Manier auf Stimmenfang zu gehen. Dieses Auftreten unter dem Deckmantel einer „Bürgerbewegung“ stellt eine subtile Methode dar, um von Rechtsaußen an Einfluss zu gewinnen. Die begriffliche Inanspruchnahme der Bürgerinitiativ-Bewegungen für den eigenen Zweck der Neuformierung als neue Rechtsaußen-Wahlgruppierung stellt eine perfide Spielform des politischen Mimikry dar: Demokratiefeindlichkeit inszeniert als bürgerschaftliche Mogelpackung.

**Zu 2:** Durch populistische Forderungen nach „Volksentscheiden“ gegen Minarette oder Unterschriftensammlungen gegen Moscheebauvorhaben wird versucht, unter dem Deckmantel der Mitbestimmung rassistisch motivierte Kampagnen in eine demokratische Hülle zu verpacken. Dies stellt eine Form von Instrumentalisierung vorhandener Ängste und Vorurteile für politische Zwecke dar, die offensichtlich gegen das interkulturelle friedliche Miteinander gerichtet ist. Hierbei kommt ein instrumentelles Verhältnis zu Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Kommunen zum Ausdruck: Rassismus verpackt als demokratisches Mitbestimmungsangebot.

**Zu 3:** Das Schüren von Ängsten und Vorurteilen gegenüber „dem Islam“ steht dabei im Zentrum rechtspopulistischer Agitation. „Unterschriftensammlungen“ gegen Moscheebau und Minarette haben als Agitationsform einen besonderen Stellenwert in der Strategie dieses rechten Netzwerkes. Die klassische „Ausländer raus“-Parole wird dabei kulturalisierend verpackt als Kampfansage gegen die „Islamisierung unserer Gesellschaft“. Die Zuwanderung wird pauschalisierend verknüpft mit der Religion, dem Fundamentalismus und der politisch motivierten Gewalt. In solchen Feindbild-Konstruktionen zeigt sich die Stoßrichtung dieser populistischen Kampagnen: Rassismus als religiös verschleierter Kulturkampf.

**Zu 4:** Obwohl die PRO-Bewegung aggressiv mit ihren Rechtsaußen-Konkurrenten um die Stammwählerschaft der extrem rechten Parteienlandschaft ringt, versucht sie zugleich, politisch zusätzlich einen neuen Ort zu besetzen: den politischen Platz zwischen der extremen und der konservativen Rechten. Dabei orientiert sich diese Bewegung an den bereits erfolgreich modernisierten Rechtsaußenparteien in Europa wie etwa dem „Vlaams Belang“ (VB) in Belgien oder der FPÖ in Österreich, zu denen sie seit etlichen Jahren intensive Kontakte pflegt. Rechtspopulistische Erfolge wie in den Niederlanden durch die „Partei für die Freiheit“ (PVV) von Geert Wilders oder die Anti-Minarett-Kampagne der schweizerischen SVP dienen als Vorbild für die PRO-Bewegung, die sich bemüht, in die Fußstapfen eines europäisch modernisierten Kampagnenstils von Rechtsaußen zu treten und damit in das Zentrum des politischen Geschehens einzudringen: von Rechts zur Mitte.

**Zu 5:** Zur Umsetzung dieser Vorhaben bedient sich diese Bewegung einer ritualisierten öffentlichkeitsorientierten Eskalationsstrategie: Konflikte werden mit rassistischer Stoßrichtung aggressiv geschürt, um Aufmerksamkeit und Gegenproteste hervorzurufen. Dies wird wiederum zum Anlass genommen, um sich als Opfer von „Meinungsdiktatur“, „Politischer Correctness“ und „linkem Gesinnungsterror“ zu inszenieren und erneut den Grad öffentlicher Konflikte zu verschärfen. Ein solches Drehen an der populistischen Schraube ist Ausdruck einer Eskalationsstrategie, die auf Steigerung der Konflikte ausgerichtet ist. Dies funktioniert nach dem Prinzip *rassistische Vorlage – antirassistische Reaktion – rassistische Antwort durch Inszenierung als Opfer – Ausweitung der Konfliktebene* im Sinne einer Fortsetzung auf ständig höherer Stufenleiter: Inszenierung einer populistischen Eskalations-Schraube.

Die Merkmale von PRO KÖLN / PRO NRW / PRO D und ihr politisches Umfeld, ihre Methodik, ihre politischen Hintergründe und ihr Netzwerk werden folgend komprimiert dargelegt.

Zudem wird aufgezeigt, dass es einen Wirkungszusammenhang gibt zwischen dem Erstarken eines rechten Populismus und der Auseinandersetzung um Integrationsfragen in der politischen Mitte der Gesellschaft. Rechtsextremismus und Rassismus sind keine isoliert zu betrachtenden Phänomene. Sie gedeihen in einem gesellschaftlichen Kontext von Auseinandersetzungen um soziale, kulturelle und politische Fragen. Gefährliche Wirkungen entfaltet organisierter Rechtspopulismus dann, wenn die Abgrenzung der politischen Mitte von extrem rechten Positionen inhaltlich zu erodieren beginnt.

Dies bedeutet, dass nicht zuletzt auch die politische Mitte Verantwortung dafür trägt, ob der Rechtspopulismus auf gesellschaftlichen Resonanzboden trifft.

Deshalb ist der Untersuchung ein *Appell zur kommunalpolitischen Vorbeugung gegen rassistischen Populismus* angefügt worden. Dieser Appell beinhaltet zehn Handlungspunkte, um zu unterbinden, dass besonders in heißen Wahlkampfzeiten Stimmungsmache auf Kosten von Minderheiten und dem interkulturellen Frieden betrieben wird.

# Kulturalisierter Rassismus

Die extreme Rechte sieht – nicht nur in Deutschland – aktuell in populistischen und rassistischen Kampagnen gegen „den Islam“ ein Erfolgsrezept für ihre Propaganda.

Die Moschee und das Minarett sind symbolische Angriffspunkte des antimuslimischen Rassismus von Rechtsaußen, der populistisch als demokratisches Partizipationsangebot feilgeboten wird. Die von der rechtspopulistischen SVP inszenierte erfolgreiche Volksabstimmung gegen Minarettbauten in der Schweiz hat die Wirkungsmächtigkeit eines solchen kampagnenförmig zugespitzten Rechtspopulismus gezeigt. Dementsprechend empathisch waren die Reaktionen von Rechtsaußen: Für die extreme Rechte in Europa hat diese Volksabstimmung „Vorbildcharakter“: Von Italien über Frankreich und Österreich bis in die Niederlande wurden Stimmen zur Nachahmung laut. Auch hierzulande inszenieren im Vorfeld der Landtagswahlen sowohl die NPD als auch die REP und die PRO-Bewegung Anti-Minarett-Kampagnen. Statt „Deutschland den Deutschen“ wird nun zum Kreuzzug gegen Allah und das Minarett geblasen. Damit lässt sich der Rassismus kulturkämpferisch kaschieren und zugleich an weit verbreitete Ressentiments anknüpfen, so die neue Taktik von Rechtsaußen. „Freiheit statt Islam“ hört sich für das breite Wahlvolk besser an als „Ausländer raus“. Die PRO-Bewegung exerziert diese rechtspopulistische Masche programmatisch vor: Hetze gegen Muslime als Aktionsangebot zur demokratischen Mitbestimmung. In diesem Sinne kündigte PRO NRW die Inszenierung eines „EU-Bürgerbegehrens“ an, die gemeinsam mit dem belgischen Vlaams Belang und der österreichischen FPÖ entwickelt werden soll. Zudem probiert die Rechtsaußen-Gruppierung, sich als Vorreiter einer deutschen Anti-Minarett-Initiative in Form einer NRW-Kampagne zu verkaufen. O-Ton von PRO-NRW-Chef Markus Beisicht: „Zugleich bereitet die pro-NRW-Rechtsabteilung eine Volksinitiative vor, die im NRW-Landesbaurecht zukünftig ein Minarettverbot vorsieht. Hierzu sind 66.000 Unterschriften in Nordrhein-Westfalen nötig, damit der Landtag sich mit dieser Gesetzesinitiative befassen muss.“ Ihren Heimatkampf gegen die beschworene „islamische Landnahme“ führt PRO mit der Kopie der schweizerischen Plakatmotive gegen Minarettbau – angeblich überlassen zum „exklusiven Nutzungsrecht“ von der SVP. Das Motiv – Minarette, die eine Nationalflagge durchbohren – ist eine Art von ‘nationalem Re-Import’, denn der Erfinder ist ein Deutscher: Alexander Segert, Geschäftsführer der Agentur Goal in Dübendorf (Schweiz), ist seit etlichen Jahren Werbefachmann und Rhetorik-Coach für die SVP. Mit dem kürzlich vollzogenen demonstrativen Eintritt des SVP-Funktionärs Andreas Glarner bei PRO KÖLN erhält die PRO-Bewegung zudem propagandistischen Auftrieb bei ihrem Versuch, den islamfeindlichen Populismus der SVP zu importieren. Von der österreichischen Rechtsaußenpartei FPÖ wiederum wurde der Kampagnenslogan „Abendland in Christenhand“ kopiert.

Solche Parolen gelten in jenen Kreisen als gesamtgesellschaftlich konsensfähig. Diese Annahme ist durchaus nicht unbegründet. Denn die Themenkombination Islam / Islamismus ist eines der zentralen Themen in den Medien und der Öffentlichkeit. Meist findet hierbei eine undifferenzierte Verknüpfung mit Integrationsfragen im multikulturellen Alltag statt. Damit wird die





*"Vlaams Belang"-Delegation am 16. Juni 2007 auf der PRO-Demonstration in Köln-Ehrenfeld*

Foto: LOTTA - antifaschistische Zeitung aus NRW, projekte.free.de/lotta

Debatte oft politisiert wie zugleich emotionalisiert: Pauschale Gleichsetzungen von religiösen Fragen mit politisch motivierter Gewalt öffnen dabei das Tor für pauschale Kulturalisierungen und Ideologisierungen von Glaubensfragen und Integrationsanforderungen im alltäglichen gesellschaftlichen Miteinander.

In ganz Europa sind rechtspopulistische Kampagnen gegen Moscheen gestartet worden. PRO KÖLN und PRO NRW verweisen in ihrer Propaganda gegen Islam und Moscheebau regelmäßig auf ihre internationalen Kontakte zu extrem rechten Parteien wie dem „Vlaams Belang“ (VB) aus Belgien oder der FPÖ aus Österreich, die ebenfalls Anti-Islam-Kampagnen betreiben.

Um gerade lokale Konflikte gemeinsam für antiislamische Agitation zu nutzen, gründeten Vertreter von FPÖ, REP und PRO KÖLN auf Initiative des „Vlaams Belang“ im Januar 2008 in Antwerpen ein Bündnis „Städte gegen Islamisierung“. Nach Angaben des VB-Fraktionschefs Filip Dewinter sollen bereits Kommunalvertreter aus den Städten Brüssel, Gent, Antwerpen, Mechelen, Wien, Graz, Rotterdam, Utrecht, München, Berlin, Köln, Rom, Bologna, Venedig, Lille, Straßburg, Paris und Marseille beteiligt sein – vor allem Städte, in denen die extreme Rechte in den Kommunalparlamenten sitzt. Die „Islamisierung Europas“, so der PRO-NRW-Vorsitzende Beisicht, sei ein „Phänomen, das uns alle angeht. Egal ob in Köln, Wien, Berlin, London, Paris, Stockholm oder Rom“. Der im September 2008 inszenierte rechtspopulistische „Anti-Islamisierungskongress“ in Köln sollte als propagandistischer Auftakt dieser beschworenen europäischen Front gegen „Islamisierung“ dienen. Pathetisch wurde dessen angeblich historische Bedeutung beschworen. Wenn man der momentanen Entwicklung nicht entgegenwirke, werde die Zukunft Europas eine muslimische sein, hieß es. Der nach seinem Austritt aus der CDU fraktionslose Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche, offenbarte dabei deren nationalistische und rassistische Stoßrichtung: „Wir leisten Widerstand! Wir wollen keine Islamisierung Deutschlands! Wir sind Deutsche und Gott denkt in Nationen und deshalb: Für Gott, für Deutschland, für unser Vaterland!“



Foto: Geisheimer/attenzione

## PRO KÖLN

Im Sommer 1996 wurde der Verein „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ (PRO KÖLN) gegründet. Alle weiteren landes- und bundesweiten Gründungen aus dem Spektrum der PRO-Bewegung gehen auf den Verein PRO KÖLN bzw. dessen Akteure zurück. Als erster Vorsitzender fungierte zunächst Sven Möller, ein ehemaliges Mitglied der extrem rechten Partei „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH). Zwischen 1996 und 1999 spielte PRO KÖLN jedoch politisch noch keine Rolle.

Dieses änderte sich erst nach den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen 1999, bei denen die Kölner DLVH mit 0,1 Prozent gescheitert war. Neue Vorsitzende des Vereins wurde Judith Wolter, die zuvor als Kommunalwahlkandidatin der extrem rechten Partei „Die Republikaner“ (REP) in Erscheinung getreten war. Diverse lokale DLVH-Funktionsträger um den Kölner Verleger Manfred Rouhs und den Leverkusener Rechtsanwalt Markus Beisicht sattelten nun auf PRO KÖLN um.

Im Verfassungsschutzbericht des Jahres 2001 charakterisierte das nordrhein-westfälische Innenministerium PRO KÖLN als „Ableger der in den vergangenen Jahren bedeutungslos gewordenen DLVH“. Der Verein werde „maßgeblich von DLVH-Mitgliedern und Ex-Funktionären der DLVH getragen“. Im Jahresbericht 2003 hieß es ergänzend zu PRO KÖLN: „Die Gruppierung stellt sich selbst als konservativ dar, arbeitet allerdings eng mit Neonazis und anderen Rechtsextremisten zusammen.“ Tatsächlich nahmen an den Demonstrationen von PRO KÖLN regelmäßig Gruppierungen der neonazistischen „Freien Kameradschaften“, der NPD und anderer extrem rechter Organisationen teil.

Trotz dieser offenen Zusammenarbeit gelang PRO KÖLN bei den Kommunalwahlen in NRW 2004 ein Wahlerfolg: 16.531 Wählerinnen und Wähler bescherten der Gruppierung 4,7 Prozent der Stimmen. Mit vier Mandatsträgern und Mandatsträgerinnen zog PRO KÖLN in den Kölner Stadtrat ein, ein fünfter folgte später durch den Übertritt eines REP-Ratsherrn. Auch in allen Kölner Bezirksvertretungen war die Gruppierung seitdem vertreten.

Ab 2005 wurden parallel zur kommunalpolitischen Arbeit in Köln mit der Gründung von PRO D (2005) und PRO NRW (2007) die Rahmenbedingungen für den Export des lokal erfolgreichen Modells in andere Städte sowie für einen NRW-weiten Wahlantritt bei den Landtagswahlen 2010 gesetzt.

Waren in den Anfangsjahren noch diverse Minderheiten wie Prostituierte, Flüchtlinge oder Drogensüchtige das Angriffsziel, konzentrierte sich PRO KÖLN nach der Kommunalwahl 2004 zunehmend auf die „Anti-Islamisierungs-Kampagne“ und den geplanten Moscheebau in Köln-Ehrenfeld. Mit einer Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren gegen den Moscheebau bekam PRO KÖLN 2007 15.940 gültige Unterschriften zusammen, unterschritt damit jedoch die notwendige Mindestzahl. Wichtiger war für PRO KÖLN aber ohnehin der gewonnene Adressenbestand, der fortan mit PRO-KÖLN-Propaganda beliefert werden konnte, um Sympathisantinnen und Sympathisanten an die Partei zu binden. So gelang es PRO KÖLN, einen aktionsfähigen Personalstamm aufzubauen.

Während ihrer Kommunalwahlkampagne 2009 organisierte PRO KÖLN eine größere Demonstration und monatliche Kundgebungen vor der Ehrenfelder Moschee. Diese völlig von der Polizei abgeriegelten Veranstaltungen konnten jedoch außer dem engsten Kreis des PRO-KÖLN-Personals und zugereisten Personen anderer PRO-NRW-Kreisverbände niemanden mobilisieren. Als einen ersten Höhepunkt der Wahlkampagne plante PRO KÖLN 2008 einen „Anti-Islamisierungskongress“ auf einem zentralen Platz in der Kölner Innenstadt, zu dem bis zu 5.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer angekündigt wurden. Auf der Einladungsliste stand neben Vertretern extrem rechter Parteien wie dem „Vlaams Belang“ (Belgien), der „Lega Nord“ (Italien), der FPÖ (Österreich) u.a. auch der später wieder ausgeladene, verurteilte Auschwitzleugner Nick Griffin von der „British National Party“. Diese Veranstaltung wurde zu einem Fiasko für PRO KÖLN, da der Veranstaltungsort von Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten blockiert wurde und die Veranstaltung letztendlich von der Polizei verboten und abgebrochen wurde. Nicht wesentlich besser gelang ein zweiter Versuch im folgenden Jahr. Auf einem abgelegenen Platz vor der Kölner Messe, umringt von Gegendemonstrantinnen und -

*Neonazis auf einem PRO-KÖLN-Fackelmarsch am 12.1.2002, Mitte: "SS-Siggi" Borchardt aus Dortmund.*



Foto: Geisheimer/attenzione

demonstranten, versammelten sich zum 2. „Anti-Islamisierungskongress“ gerade 150 bis 200 Personen. Eine dritte „Großkundgebung“ vor dem Kölner Dom mit noch geringerer Beteiligung ging angesichts lautstarker Proteste unter. Zudem wurde PRO KÖLN durch die intensive Berichterstattung der Kölner Medien über die engen Verbindungen zur extrem rechten Szene in der Öffentlichkeit zunehmend stigmatisiert. Entsprechend deutete nach allen Meinungsumfragen alles darauf hin, dass die Kommunalwahl 2009 zu einer Niederlage für PRO KÖLN werden würde. Allenfalls drei Prozent wurden für PRO KÖLN prognostiziert. Jedoch gelang es PRO KÖLN – nicht zuletzt aufgrund massiver Wahlkampfpropaganda – 5,36 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinen und fünf Mandate zu erringen, damit also in Fraktionsstärke in den Kölner Stadtrat und in alle Bezirksvertretungen einzuziehen. 19.895 Stimmen erhielt PRO KÖLN bei dieser Wahl, dabei neun Prozent der Erstwählerstimmen. Gewählt wurde PRO KÖLN insbesondere in so genannten „sozial schwachen“ Vierteln mit hohem Migrantanteil. Die von PRO KÖLN dazugewonnenen Stimmen dürften aus den Reihen der einstigen Wähler der nicht angetretenen REPs und der in nur vier Bezirken angetretenen NPD stammen. Es ist davon auszugehen, dass der Wählerstamm von PRO KÖLN im Vergleich zur Kommunalwahl 2004 mehr oder weniger identisch geblieben ist.

Im Stadtrat der Stadt Köln sitzt seitdem die Führungsriege von PRO KÖLN: Judith Wolter als Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende von PRO KÖLN, Manfred Rouhs als Schatzmeister und stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Markus Wiener als Fraktionsgeschäftsführer und stellvertretender Vorsitzender von PRO KÖLN, PRO-KÖLN-Vorstandsmitglied Bernd Schöppe und der 2008 von der CDU zu PRO KÖLN übergelaufene Jörg Uckermann. Markus Beisicht, Vorsitzender von PRO KÖLN und PRO NRW, vertritt PRO als Fraktionsvorsitzender im Leverkusener Stadtrat.

Wortführer der Kölner Fraktion im Rat sind Markus Wiener und Jörg Uckermann. Im Rat versucht sich PRO KÖLN durch eine Flut von Anträgen zu kommunalpolitischen Themen wie dem U-Bahn-Bau als „Anti-Klüngel“-Partei zu profilieren. Besondere Aufmerksamkeit versucht PRO KÖLN durch die Einberufung von kostspieligen Ratssondersitzungen zu erreichen. Die beiden seit der Kommunalwahl einberufenen Sondersitzungen waren allerdings nach zehn Minuten beendet, da es keine Redebeiträge der anderen Ratsfraktionen gab. In Ausschüssen und Bezirksvertretungen ist von PRO KÖLN wenig zu vernehmen. Einzige Ausnahme bildet Jörg Uckermann, der in der Ehrenfelder Bezirksvertretung und diversen Ausschüssen sitzt. Uckermann, dessen Übertritt von der CDU von PRO KÖLN als großer Erfolg verbucht wurde, wird zunehmend zur Belastung für das Saubermann-Image der Partei. Gegen ihn läuft derzeit ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Geldwäsche. Weitere Verdachtsmomente gegen Uckermann bestehen laut „Kölner Stadt-Anzeiger“ wegen Versicherungsbetrugs und unberechtigt erhaltener städtischer Zahlungen für kommunalpolitische Tätigkeiten. In Kürze wird sich Uckermann vor Gericht wegen Körperverletzung bei einer PRO-KÖLN-Veranstaltung 2008 verantworten müssen. Zu einer Geldstrafe wurde er bereits wegen einer falschen eidesstattlichen Versicherung verurteilt.

# PRO NRW

Am 6. Februar 2007 wurde auf Initiative der „Bürgerbewegung pro Köln“ der Verein „Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen e.V.“ (PRO NRW e.V.) gegründet. Die Versammlungsleitung bei der Gründungsversammlung in Leverkusen oblag dem kurz zuvor bei den „Republikanern“ ausgetretene ehemaligen stellvertretenden REP-Bundesvorsitzenden Dr. Björn Clemens aus Düsseldorf, der als Rechtsanwalt unter anderem auch für die NPD und für militante Neonazis aktiv ist. Bei NPD- und DVU-Veranstaltungen tritt er zudem als Redner in Erscheinung. Aktuell ist Clemens stellvertretender Bundesvorsitzender der extrem rechten „Jungen Landmannschaft Ostdeutschland“ (JLO), die auch als Anmelder der jährlichen Aufmärsche im Februar in Dresden auftritt.

Zum „Gründungsvorsitzenden“ wurde der Kölner Ex-„Republikaner“ und spätere Landesvorsitzende der extrem rechten „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH), Markus Beisicht, gewählt. Seine Stellvertreter/innen wurden Judith Wolter und Kevin Gareth Hauer, der 2004 über die „Republikaner“-Liste in den Gelsenkirchener Stadtrat gewählt worden war und die REPs im Streit verlassen hatte. In der Ausgabe Februar 2007 der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ gab Hauer ein ganzseitiges Interview und kritisierte darin vehement die Abgrenzungspolitik und den parteiinternen Umgang mit Kritikern dieses Kurses seitens der Bundes- und Landesführung der „Republikaner“. Zum „Organisationsleiter“ von PRO NRW e.V. wurde Daniel Schöppe, einst DLVH-Landesjugendbeauftragter, später Landesvorstandsmitglied der nordrhein-westfälischen REPs, ernannt.

Ziel des Vereins sei die „Koordinierung und Bündelung nonkonformer NRW-Wählervereinigungen“, so wurde es bei der Gründungsversammlung formuliert. Die Gründung von PRO NRW e.V. stellte aber nicht nur eine Ausdehnung des Modells PRO KÖLN auf andere NRW-Städte dar, sondern auch den Startschuss für einen Wahlantritt bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen 2010. Voraussetzung für einen Landtagswahlantritt sei ein erfolgreiches Abschneiden in mehreren Städten bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im Jahre 2009.

„Wir sind (...) von unserem Modell überzeugt, das im Prinzip auf jede andere größere Stadt übertragen werden kann“, erklärte Beisicht. „Konsequente Basisarbeit ist der Schlüssel zum Erfolg. Wir sprechen die Menschen direkt vor Ort auf Probleme an, die sie bedrücken und die von den etablierten Parteien ignoriert werden: Islamisierung, Überfremdung, Kriminalität und politischer Filz samt ausufernder Korruption in der öffentlichen Verwaltung. Je unmittelbarer die Bürger dabei von Mißständen betroffen sind, um so eher kann man sie auch mit nonkonformen, patriotischen Politikansätzen erreichen.“

Am 25. März 2007 führte PRO NRW e.V. in einer Gaststätte in Dormagen-Nievenheim (Rhein-Kreis Neuss) eine „Großveranstaltung“ durch, an der laut Eigenangaben „über 150“ (Augenzeugen zufolge zirka 80) Personen teilnahmen. Der Titel der Einladung lautete: „Von pro Köln über pro NRW in den Landtag 2010?“ Als Hauptredner traten Beisicht und der ehemalige

DLVH-Bundesvorsitzende Harald Neubauer auf. Neubauer, langjähriger Mitherausgeber des Ende 2009 eingestellten extrem rechten Ideologieorgans „Nation & Europa“ und Eigentümer des „Nation Europa Verlags“ sowie 2005 Bundestagskandidat der NPD, plädiert seit vielen Jahren für einen Schulterschluss der extremen Rechten und unterstützt entsprechende Projekte. „Es werden zahlreiche kommunale Mandatsträger und Sympathisanten aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet erwartet“, hieß es vor der Veranstaltung auf der Homepage von PRO KÖLN. Das Spektrum der TeilnehmerInnen umfasste dann auch nahezu das gesamte Spektrum der extremen Rechten, wie beispielsweise dem ehemaligen rheinland-pfälzischen NPD-Landesvorsitzenden Martin Laus und dem nordrhein-westfälischen DVU-Landesvorsitzenden Max Branghofer aus Dortmund. Lediglich die neonazistischen „Freien Kameradschaften“ zeigten sich nicht interessiert. Sie waren qua Einladung an alle „politikfähigen Patrioten“ auch nicht erwünscht. Eben diese Politikfähigkeit spricht PRO NRW dem militanten Arm des deutschen Neonazismus ab. Stattdessen war beabsichtigt, den nicht zuletzt durch den Niedergang bzw. Bedeutungsverlust der „Republikaner“ frei werdenden politischen Raum zwischen der CDU und der in NRW recht schwachen NPD füllen.

Auf einem „Gründungsparteitag“ am 9. September 2007 in Bonn beschloss PRO NRW „einstimmig die Umwandlung zu einer landesweiten Regionalpartei“. Man werde sich „sowohl an den Kommunalwahlen 2009 als auch an der Landtagswahl 2010 beteiligen“. „Unter den gut 200 Parteitagsteilnehmern“ hätten sich „über 30 kommunale Mandatsträger aus ganz Nordrhein-Westfalen“ befunden, heißt es in einem Bericht vom 10. September 2007 auf der Homepage von PRO NRW. Zu PRO NRW bekannten sich zu diesem Zeitpunkt fünf Stadtrats- und elf Bezirksvertretungsmitglieder aus Köln sowie ein Stadtratsmitglied aus Gelsenkirchen und ein Bezirksvertretungsmitglied aus Bottrop. Glaubt man der Zahlenangabe, hätten also angeblich mindestens 13 kommunale Mandatsträgerinnen und -träger anderer Parteien teilgenommen, was durch nichts belegt ist. Die selbst ernannte „Anti-Islam-Partei“ kündigte zudem eine „landesweite Kampagne gegen die Islamisierung“ an.

Zum Vorsitzenden der Partei PRO NRW wurde erwartungsgemäß Markus Beisicht gewählt, als Generalsekretär durfte von nun an Markus Wiener walten und als Landesgeschäftsführer Bernd Michael Schöppe. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Kevin Gareth Hauer, Daniel Schöppe, Manfred Rouhs und der ehemalige „Republikaner“ und spätere Generalsekretär der extrem rechten Kleinstpartei „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“, Dieter Danielzick aus Troisdorf, gewählt. Weitere Mitglieder des Vorstandes wurden die Rechtsanwältin und -anwältinnen Judith Wolter, Jörg Frischauf (Leverkusen) und André Picker (Dortmund) sowie Stefanie Wohlfarth (Gelsenkirchen), Andreas Akwara (Duisburg), Armin Weyrich und Udo Schäfer aus Radevormwald, Jennifer Pasenow (Gummersbach), Thomas Bendt (Viersen), die Kölner Martin Schöppe und Torsten Uhlenbrock sowie der Essener Henryk Dykier.

Die Zusammensetzung des Vorstandes zeigte zum einen deutlich die Dominanz der erfahrenen PRO-KÖLN-Mannschaft auf, zum anderen den Versuch, Aktivposten möglichst vieler lokaler Aufbauversuche von PRO-NRW-Gliederungen einzubinden. Angestrebt wurde der möglichst flächendeckende Aufbau von Verbandsstrukturen in NRW. Im Sommer 2007 wurde auch die Gründung neuer Kreisverbände in NRW in die Wege geleitet. In Gelsenkirchen war PRO NRW nach



dem Beitritt des ehemaligen „Republikaners“ Kevin Gareth Hauer bereits im Rat vertreten. Im Februar 2007 wurde die Gründung von „pro Bottrop“ gemeldet, von der aber heute nichts mehr zu hören ist.

Als Vorsitzender fungiert aktuell nach wie vor der PRO-KÖLN-Vorsitzende Markus Beisicht (Stadtrat Leverkusen), ihm zur Seite steht sein Generalsekretär Markus Wiener (Stadtrat Köln). Stellvertretende Vorsitzende dürfen sich seit dem letzten Wahlparteitag am 14. Juni 2009 Kevin Gareth Hauer (Stadtrat Gelsenkirchen), Daniel Schöppe (Stadtrat Dormagen und Kreistag Rhein-Sieg-Kreis), Ronald Micklich (Stadtrat Leichlingen und Kreistag Rheinisch Bergischer Kreis) und Jürgen Hintz (Stadtrat Bergheim und Kreistag Rhein-Erft-Kreis) nennen. Schriftführer ist Bernd Schöppe (Stadtrat Köln), Schatzmeisterin Judith Wolter (Stadtrat Köln), Geschäftsführer Karel Schiele (PRO KÖLN). Als Beisitzer wurden Thomas Bendt (PRO-NRW-Kreisverband Viersen), André Picker (Bochum), Martin Schöppe (PRO KÖLN), Stefanie Wohlfarth (Stadtrat Gelsenkirchen), Udo Schäfer (Kreistag Oberbergischer Kreis), Susanne Kutzner (Stadtrat Leverkusen), Tobias Ronsdorf (Stadtrat Radevormwald) und Fabian Thies (Stadtrat Lemgo) gewählt. An der Dominanz von PRO KÖLN hat sich also nichts geändert. Die ebenfalls am 14. Juni 2009 gewählten Beisitzer Frank Baumgarten (PRO-NRW-Kreisverband Bonn) und Bernd Weyrich (PRO-NRW-Kreisverband Essen) sind offenbar zwischenzeitlich aus dem Parteivorstand ausgeschieden, zumindest werden sie auf der Homepage von PRO NRW nicht mehr in der Rubrik „Der Vorstand“ geführt.

Das Thema Islam sollte das Schwerpunktthema von PRO NRW bleiben. Am 23. Oktober 2007 kündigte die Partei an, im Rahmen ihrer „Antiislamisierungskampagne (...) Duisburg zum zweiten Schwerpunkt neben Gelsenkirchen im Ruhrgebiet“ zu machen, was bis heute allerdings nicht gelungen ist. Als Aufhänger diente in Duisburg der seinerzeit nahezu abgeschlossene Bau der

Merkez-Moschee im Stadtteil Marxloh. Beteiligt am Bau dieser Moschee war das Solinger Bauunternehmen „Kissel-Rapid“. Einer der damaligen drei Geschäftsführer war der seit vielen Jahren eng mit der extremen Rechten verbandelte Ausschwitzleugner Günther Kissel, der im Sommer 2007 PRO NRW beitrug, sehr zur Freude von Markus Beisicht, dem die „prominente“ und insbesondere finanzkräftige Verstärkung trotz der Widersprüchlichkeit sogar eine Pressemitteilung wert war. Allerdings war nie etwas von Kissel in Sachen PRO zu vernehmen, auch die finanzielle Unterstützung soll sich – glaubt man einer von der Wochenzeitung „Der Freitag“ zitierten Aussage von Manfred Rouhs – auf „gelegentliche“ Spenden „im dreistelligen Bereich“ beschränken.

Der Ausbau der Parteistrukturen und Aktivitäten auf das Ruhrgebiet und weitere NRW-Regionen außerhalb des Rheinlandes stellte sich als schwieriger dar als von den Parteioberen gehofft. Es fehlte nicht zuletzt an fähigem Personal. Zwar gelang es PRO, Zuwachs sowohl aus dem Spektrum der konservativen als auch aus der extremen Rechten zu bekommen, doch dieser Zuwachs machte sich im Regelfall lediglich im Rheinland bemerkbar. Prominentestes Beispiel ist der langjährige CDU-Vorsitzende und zuletzt stellvertretende Bezirksbürgermeister im Kölner Stadtteil Ehrenfeld, Jörg Uckermann, der 2008 den Weg von der CDU zu PRO fand. Ein weiteres Beispiel ist der ehemalige Kreisvorsitzender der „Jungen Union“ Siegen-Wittgenstein, Gereon Breuer, später PRO-NRW-Jugendbeauftragter und „Fraktionsreferent“ von PRO KÖLN und PRO-NRW-Bürgermeisterkandidat im ostwestfälischen Lemgo. Aus der extremen Rechten fanden neben diversen REPs auch einige einst für die NPD aktive Personen den Weg zu PRO NRW. Im Bonner Stadtrat wird PRO NRW aktuell von Nico Ernst vertreten, der mindestens bis in das Jahr 2003 hinein bei Aufmärschen der militanten Neonazi-Szene und der NPD anzutreffen war und im Umfeld der offen neonazistischen „Kameradschaft Rhein/Ahr“ aktiv war. Noch 2006 hatte er Angaben der NPD zufolge Funktionen bei der Kölner NPD inne. Auch der Vorsitzende des PRO-NRW-Kreisverbandes Solingen, Tobias Nass, war früher für die NPD aktiv und wurde 2005 als deren Landtagsdirektkandidat im Wahlkreis Leverkusen aufgestellt. Im Mai 2010 tritt er als Solinger Direktkandidat für PRO NRW an. Doch auch Abgänge waren zu verzeichnen. Der ehemalige Vorsitzende des PRO-NRW-Bezirksverbandes Ruhrgebiet Roger Schwedes konvertierte zum Islam (sic!), das ehemalige Aushängeschild von PRO KÖLN als Vertreterin einer angeblichen „Anwohnerinitiative“ gegen die Ehrenfelder Moschee, Marilyn Anderegg, zog sich enttäuscht zurück, da ihr eine angeblich zugesagte Anstellung bei der PRO-KÖLN-Fraktion verweigert worden sei, PRO-NRW-Multifunktionär Uwe Berger aus Heiligenhaus (Kreis Mettmann) schied aus, nachdem ihm augenscheinlich seine ersehnte Anerkennung als Führungskader versagt blieb. Der ehemalige PRO-Jugendbeauftragte für das Rheinland, René Emmerich, trat ebenfalls aus und schloss sich den neonazistischen „Freien Kräften Köln“ an. Der ehemalige stellvertretende Parteivorsitzende Dieter Danielzick aus Troisdorf (Rhein-Sieg-Kreis) wurde – eigenen Angaben zufolge – aus der Partei geworfen, nachdem er den als diktatorisch empfundenen Führungsstil der Parteiführung kritisiert hatte. Er sei – so Danielzick – „bei allen öffentlichen Auftritten vom Beisicht und seinen Vasallen einfach ignoriert“ worden. Wirklich zählen würden in der Partei nur Markus Beisicht, Judith Wolter, Markus Wiener und die Gebrüder Bernd Michael, Daniel und Martin Schöppe. Danielzick: „Alle anderen sind nur Wasserträger, die je nach bedarf ausgetauscht werden.“ Ähnliche Stimmen waren zuvor auch von anderen „Abtrünnigen“ zu hören gewesen.



PRO NRW sprach im Januar 2010 von „über 1.500 Mitgliedern“. Die tatsächliche Mitgliederzahl ist nicht bekannt, dürfte aber deutlich unter dieser Angabe liegen. Als Hilfestellung bei der Berechnung einer annähernd realen Zahl mag die Erkenntnis dienen, dass in der PRO-Arithmetik häufig der Faktor zwei bis drei zum Einsatz kommt, um Teilnehmerzahlen von Kundgebungen und „Mahnwachen“ zu schönen und als „fulminante Durchbrüche“ und „politische Erdbeben“ erscheinen zu lassen.

Aufschluss über den Stand des gewünschten flächendeckenden Ausbaus von Strukturen und Kandidaturen gibt das Ergebnis der nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen 2009, bei der PRO NRW auf zirka 18 Prozent der Stimmzettel stand. Zuvor noch als sicher angesehene Kandidaturen im Rhein-Sieg-Kreis und in Essen scheiterten offenbar aufgrund innerparteilichen Streits. Außerhalb des Rheinlandes trat die Partei nur in Gelsenkirchen (drei Mandate im Stadtrat und vier in den Bezirksvertretungen) und in Lemgo (ein Mandat im Stadtrat) an. In Köln konnte PRO KÖLN 5,4 Prozent (fünf Mandate) auf sich vereinen und damit noch einmal 0,7 Prozent zulegen, in Leverkusen reichte es für drei Mandate, in Bonn für eins. Auch in vier Kreisen im Rheinland gelang der Einzug, im Rhein-Erft-Kreis (zwei Mandate im Kreistag und drei Mandate im Stadtrat Bergheim), im Rheinisch-Bergischen Kreis (ein Mandat im Kreistag und ein Mandat im Stadtrat Leichlingen), im Oberbergischen Kreis (ein Mandat im Kreistag und ein Mandat im Stadtrat Radevormwald) und im Rhein-Kreis Neuss (ein Mandat im Kreistag, zwei Mandate im Stadtrat Dormagen). Überall wo PRO NRW bei den Kommunalwahlen antrat, hatte die Partei flächendeckend Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt und zog in das jeweilige Parlament ein.

Bei der Landtagswahl am 9. Mai 2010 ist PRO NRW über ihre Landesliste auf jeden Fall für alle Wahlberechtigten wählbar, hat jedoch zusätzlich Direktkandidatinnen und -kandidaten aufgestellt, um Präsenz und Handlungsfähigkeit zu beweisen, bis Mitte März 2010 in 66 (von 128) Wahlkreisen, davon 50 im Rheinland und 16 in Westfalen. Die über 50-prozentige Abdeckung mit Direktkandidatinnen und Direktkandidaten täuscht jedoch, in weiten Teilen des Bundeslandes verfügt die Partei nach wie vor über keine Basis. So behauptete beispielsweise Ingo Haller, der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Düren, der im Dezember 2009 an einer Veranstaltung von PRO NRW zur Aufstellung eines Kandidaten teilnahm, dort seien, weil nur ein Parteimitglied anwesend war, unter den Gästen „Freiwillige“ gesucht worden, die zumindest „für die Dauer der Versammlung“ Mitglied werden würden. Damit, so zitierte Haller den Versammlungsleiter von PRO NRW, würden die Formalien bei der Kandidatenaufstellung gewahrt, und nach der Wahl erlösche die „Mitgliedschaft“ auf Wunsch sofort wieder.

Nicht nur bei der Aufstellung der Direktkandidatinnen und -kandidaten hat PRO NRW Probleme, ein flächendeckender Wahlkampf kostet auch viel Geld. Als PRO nach den Kommunalwahlen wegen nicht entfernter Wahlplakate eine Rechnung über 33.775 Euro zugestellt wurde, sprach Markus Beisicht am 29. Dezember 2009 sogar von einem finanziellen Vernichtungsschlag. So kam es wie gerufen, dass Anfang 2010 der als sehr betucht geltende schwedisch-deutsche Unternehmer Patrik Brinkmann PRO NRW beitrug. Dieser – so PRO NRW – sei bereit, „neben der Unterstützung des pro-NRW-Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen nun auch persönlich Verantwortung zu übernehmen und als Vorsitzender und designierter Spitzenkandidat für pro-Berlin auch in der Bundeshauptstadt in den politischen Ring zu steigen“. Wie hoch die erhoffte „Unterstützung“ ausfallen wird – es werden Zahlen von bis zu

fünf Millionen Euro genannt –, ist indes völlig unklar. Durchaus möglich aber erscheint es, dass der vorher für die NPD und später für die DVU aktive Brinkmann der Partei Kredite im fünf- bis sechsstelligen Bereich gewährt, offenbar nicht ohne dafür auch auf der politischen Ebene Gegenleistungen zu erwarten. Wie lange derartige Kredite reichen, falls Brinkmann der Partei unter anderem die Rechnungen für seine angekündigte siebentägige Wahlkampfturnee vom 2. bis 8. Mai 2010 durch 20 NRW-Städte „mit eigenem Tourbus, Bühnen-Lkw und Hubschrauber-einsatz“ einreichen sollte, wird sich herausstellen. Es steht zu erwarten, dass die Partei mit unlös- baren finanziellen Problemen zu kämpfen haben wird, sollte sie bei den Landtagswahlen nicht die Ein-Prozent-Hürde überspringen sollte. Dann nämlich blieben ihr Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung verwehrt.

Brinkmanns Kredite kommen PRO auch deshalb gelegen, weil es der Partei aufgrund ihrer schwachen, in diversen NRW-Regionen überhaupt nicht vorhandenen Basis ansonsten nicht mög- lich wäre, einen wahrnehmbaren Wahlkampf zu führen. Es bleiben ihr kostenintensive Postwurfsendungen und massive Plakatierungen sowie mediale Inszenierungen, um sich öffent- lich als die „Antiislam-Partei“ zu präsentieren, mit Unterstützung erfolgreicher Rechtsparteien aus dem europäischen Ausland. Zu derartigen Inszenierungen zählen die beiden „Anti- Islamisierungskongresse“ 2008 und 2009 in Köln, zu denen jeweils vierstellige TeilnehmerInnen- zahlen angekündigt wurden sowie internationale Prominenz. Der erste der beiden „Kongresse“, die Kundgebungscharakter hatten bzw. haben sollten, konnte aufgrund starker Proteste und Blockaden nicht stattfinden, am zweiten beteiligten sich maximal 200 Personen, darunter auch diverse Teilnehmer aus Österreich (FPÖ) und insbesondere aus Belgien vom „Vlaams Belang“, der auch einen Teil der Organisation und Logistik übernommen hatte. Ebenso auf die Kooperation mit Vlaams Belang und FPÖ und auf mediale Inszenierung setzt eine „internationale Konferenz für die Einführung eines Minarettverbots“ am 27. März 2010 in Gelsenkirchen, zu der „hochkarätige“ Delegationen aus der Schweiz, aus Schweden, Österreich, Flandern, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, Tschechien, Ungarn, Dänemark, Norwegen und den USA erwartet würden. Für den Tag darauf wurde ein „Sternmarsch“ zur Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh angekündigt. Man rechne „insgesamt mit bis zu 2000 Teilnehmern aus ganz Europa“, hieß es anfänglich, Mitte März war dann noch von „über 1.500“ Personen die Rede, angemeldet wurde der „Sternmarsch“ für 1.000. Für den 26. März sind zudem sechs „Mahnwachen“ geplant, vormittags parallel in Oberhausen und Herten, mittags in Gelsenkirchen und Mülheim an der Ruhr, nachmittags in Essen und Bochum.

Einer ähnlichen Taktik hatte sich PRO NRW auch 2009 bedient: 50 bis 60 ihrer Anhänger fuhrten am Vortag der Hauptveranstaltung des Kölner „Kongresses“ per Mietwagen von Leichlingen nach Leverkusen und anschließend nach Dormagen, um dort kurze Kundgebungen abzuhalten. Ähnli- ches passierte am 22. August 2009 kurz vor den Kommunalwahlen in Bonn, Dormagen und Radevormwald.

# PRO D

„Pro Deutschland ist eine unabhängige politische Organisation, die in rechtlicher Hinsicht Parteistatus hat“, heißt es auf der Homepage der laut Eigenangaben am 20. Januar 2005 gegründeten selbst ernannten „Bürgerbewegung“ mit deutschlandweitem Anspruch. Man sei „eine politische Vereinigung“, die „den abendländischen Charakter Deutschlands bewahren“ wolle. „Pro Deutschland tritt bei Wahlen nur dort an, wo die Bürgerbewegung wahlkampffähig ist. Die Wahlkampffähigkeit bemißt sich an einem objektiven Kriterium, und zwar an der Zahl der mit Name und Anschrift erfaßten Unterstützer im Wahlgebiet. Dies beugt einer Zersplitterung der patriotischen Kräfte vor und verhindert einen Verschleiß der ‚Marke‘ pro Deutschland. Pro Deutschland hat nichts zu tun mit Splitterkandidaturen von Vereinigungen [...], die bei Wahlen antreten, ohne wahlkampffähig zu sein.“

Initiator und Bundesvorsitzender von PRO D ist Manfred Rouhs. Ebenso wie bei PRO NRW wird hier versucht, das Modell PRO KÖLN auf andere Städte zu übertragen, das Zielgebiet ist hierbei allerdings die gesamte BRD. So fanden sich nach Eigenangaben am 18. November 2006 in Bonn „mehr als 200 Versammlungsteilnehmer aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern, Berlin und Brandenburg“ zur „erste[n] ordentliche[n] Bundesversammlung der Bürgerbewegung pro Deutschland“ ein „und setzten sich ausführlich mit der Frage auseinander, wie über ein kommunalpolitisches Engagement Einfluß auf die politische Entwicklung in Deutschland genommen werden kann“. Man ist bemüht, „Verfassungstreue“ zu geloben, „jeder Form von politischem Extremismus“ erteile man „eine scharfe Absage“. Eine Einschränkung folgt jedoch sofort: „Viele Wege führen nach Rom. Das patriotische Spektrum ist in Bewegung, und wir maßen uns nicht an, zu entscheiden, ob womöglich andere Ansätze zur politischen Erneuerung Deutschlands klüger und in höherem Maße erfolgversprechend sind als derjenige, für den wir uns entschieden haben. Wir lehnen es deshalb auch ab, Bewertungen der Aktivitäten anderer Vereinigungen, Parteien sowie publizistischer oder sonstwie gearteter Unternehmungen abzugeben, deren Akteure sich dafür entschieden haben, ihr Glück auf anderen Wegen zu suchen. Möge ein jeder tun, was er selbst für richtig hält!“

Aktivitäten entfaltete PRO D bislang unter anderem in Hambühren (Landkreis Celle, Niedersachsen), im Hochtaunuskreis (Hessen), in Frankfurt/Oder (Brandenburg), im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen (Bayern), in Oberhausen und Dormagen (NRW), in Hannover (Niedersachsen), Heilbronn (Baden-Württemberg) und insbesondere in Berlin. In der Bundeshauptstadt hat sich die selbst ernannte „Bürgerbewegung“ ihrer Lieblingsthemen „Moscheebau“, „Multi-Kulturalismus“ und „EU-Beitritt der Türkei“ angenommen und versucht, sich als Speerspitze und langfristig als parlamentarischer Arm der Islam- und „Multikulti“-Gegner zu etablieren.

Angestrebt wird eine erfolgreiche Teilnahme an den Berliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Jahr 2011. Am 31. Juli 2007 erklärte PRO D zwar einschränkend, dass „eine Entscheidung über

eine Teilnahme an der Berliner Landtagswahl 2011 [...] erst nach der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl im Herbst 2009 getroffen“ werde, doch inzwischen ist die Frage zugunsten eines Wahlantritts entschieden.

In Oberhausen soll – Eigenangaben von „Pro Oberhausen“ zufolge – bereits am 28. August 2005 ein „Kreisverband Oberhausen der Bürgerbewegung pro-Deutschland gegründet“ worden sein. Dieser würde sich der „Auf- und Ausbauarbeit seiner Strukturen und der Ausarbeitung der kommunalpolitischen Schwerpunkte für die Städte Oberhausen, Mülheim und Duisburg“ widmen. Nachdem „Pro Oberhausen“ im Jahre 2006 eine Reihe von Aktivitäten entfaltete (u.a. Flugblattverteilungen „Koran statt Puppen“ und „Oberhausen sagt NEIN zum Islamismus“) und eine rege Internetpräsenz an den Tag legte, ist seit 2007 von der Gruppierung um den ehemaligen „Schill-Partei“-Kandidaten Torsten Stankus nichts mehr zu hören. Verantwortlich hierfür dürften insbesondere personelle Probleme sein, mehrere Aktive scheinen sich wieder zurückgezogen zu haben, nachdem auf Initiative des Oberhausener Migrationsrates in der Öffentlichkeit über den Charakter und die Hintergründe der rechtspopulistischen Gruppierung aufgeklärt worden war.

Auch in Dormagen (Rhein-Kreis Neuss) hatte PRO D in den Jahren 2005 und 2006 begonnen, Strukturen aufzubauen, stellte aber auch hier seine Aktivitäten wieder ein. Später übernahm dann PRO NRW die Aufbauarbeit vor Ort, im Gegensatz und in Relation zu Oberhausen durchaus mit Erfolg, ist die Partei doch seit den Kommunalwahlen 2009 mit zwei Sitzen im Stadtrat und mit einem Sitz im Kreistag vertreten.

Zwischenzeitlich kam es in diversen Städten und Regionen zu Gründungen unter dem Label „PRO“, z.B. in Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg. Rouhs sah sich daraufhin am 8. März 2007 zu einer Stellungnahme veranlasst: „Eine große Zahl von Gründungen regionaler Vereinigungen mit einem ‚pro‘ im Namen macht mittlerweile einige Anmerkungen zum Selbstverständnis der Bürgerbewegung pro Deutschland nötig. [...] Pro Deutschland hat nichts zu tun mit Splitterkandidaturen von Vereinigungen – wie auch immer sie sich nennen mögen –, die bei Wahlen antreten, ohne wahlkampffähig zu sein. Pro Deutschland distanziert sich vielmehr ausdrücklich von solchen Splitter-Kandidaturen.“

Anfangs nicht behagt haben dürfte Rouhs beispielsweise die Entwicklung von „Pro München“, in der immer stärker NPD- und JN-Kader an Einfluss gewannen. Der offen neonazistische Flügel zog sich aber wieder zurück und trat 2008 bei den bayerischen Kommunalwahlen unter dem Namen „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ an. Doch eine gewisse Nähe zur NPD blieb. So wurde der amtierende „Sprecher der Bürgerbewegung pro München“, Rüdiger Schrembs, noch im Sommer 2007 als Mitglied des bayerischen NPD-Landesvorstandes geführt, verschwand dann allerdings plötzlich aus der Auflistung der Vorstandsmitglieder von der Homepage der NPD, die er etwa zu dieser Zeit verließ. „Pro München“ scheiterte bei den bayerischen Kommunalwahlen 2008 mit 0,9 Prozent beim Versuch, in den Münchener Stadtrat einzuziehen.

Am 31. Juli 2007 erklärte Rouhs, PRO D werde bis zu den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im Herbst 2009 „keinen aktiven Verbandsaufbau betreiben, sondern lediglich Arbeitshilfen für selbständige politische Aktivitäten der pro-Deutschland-Mitglieder zur Verfügung stellen. Das gilt auch für die Aufbauarbeit in Berlin“. Keine zwei Jahre später war diese Aussage aber wieder überholt, soweit es Berlin betrifft. Ende Juni 2009 kündigte PRO D an, man



Foto: r:press-nrw

*Der spätere PRO-D-Bundesvorsitzende Manfred Rouhs (re.) am 4. September 1999 auf einer Wahlkampfkundgebung der DLVH in Köln. Links neben ihm der Neonazi Axel Reitz.*

werde an der Wahl zum Abgeordnetenhaus und zu den zwölf Bezirksverordnetenversammlungen im Herbst 2011 teilnehmen. Ende September zeigte sich Rouhs optimistisch, was die Erfolgsaussichten anbelangt: Wenn es in der westdeutschen Großstadt Köln möglich sei, mit dem Thema Islamisierung „wachzurütteln und eine parlamentarische Opposition zu verankern, dann wird das in Berlin, einer Stadt, die ungleich mehr soziale Probleme hat, erst recht möglich sein“.

Im Januar dieses Jahres kündigte der PRO-D-Vorsitzende die Konzentration auf Berlin an, wenn der Landtagswahlkampf in NRW abgeschlossen sein würde: „Ab der zweiten Jahreshälfte 2010 schauen wir nicht mehr nach rechts oder links, sondern konzentrieren unsere Kräfte auf eine einzige Stadt.“ Gelingen ein Erfolg in Berlin, werde „die Parteienlandschaft in Deutschland eine andere sein“. In der Hauptstadt gelte es, „alle personellen und ökonomischen Ressourcen zu bündeln und durchzubrechen“. Als Spitzenkandidat wird voraussichtlich der schwedisch-deutsche Unternehmer Patrik Brinkmann antreten. Er sorgt auch für den Großteil der ökonomischen Ressourcen. Brinkmann habe für den Wahlkampf in Berlin „recht konkrete Zusagen im solide sechs- bis siebenstelligen Bereich gemacht“, sagte Rouhs bei einer PRO-D-Veranstaltung Ende Februar 2010.

# PRO NRW und die Konkurrenz Rechtsaußen

Beim Aufbau von PRO NRW profitierten deren Akteure nicht unwesentlich auch vom Zerfall der „Republikaner“, bei denen es reihenweise zu Austritten kam, nicht zuletzt wegen der strikten Abgrenzung des REP-Mehrheitsflügels um den Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer und die NRW-Landesvorsitzende Ursula Winkelsett von der NPD und der DVU, also der Verweigerung einer Mitwirkung am inzwischen wieder aufgekündigten „Deutschlandpakt“ beider Parteien. PRO NRW bot sich als neue politische Heimat enttäuschter „Republikaner“ an.

Im Verhältnis zur NPD bzw. deren Mitgliedern übte sich PRO NRW zunächst in einem Spagat. Einerseits wäre eine offensive Verweigerungspolitik gegenüber der NPD bei der Anwerbung von Mitstreiterinnen und Mitstreitern in der Aufbauphase von PRO kontraproduktiv gewesen. Andererseits war man aber auch nicht an einem Bündnis mit der NPD interessiert, da dies den Bestrebungen, sich als verfassungstreue, basisnahe „Bürgerbewegung“ darzustellen, um erfolgreich in die politische „Mitte“ hinein wirken zu können, zuwidergelaufen wäre. Man wollte – und will – schließlich die Stigmatisierung als extrem rechts abstreifen. Durch Klagen, zum Beispiel gegen das nordrhein-westfälische Landesamt für Verfassungsschutz beziehungsweise das Landesinnenministerium, versucht PRO KÖLN, sich juristisch gegen die Erwähnung im Kapitel „Rechtsextremismus“ der nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzberichte zur Wehr zu setzen – bislang erfolglos, wobei eine letztinstanzliche Entscheidung aber noch aussteht.

Nicht nur zu Kölner DLVH-Zeiten bis 1999, sondern auch in der Zeit bis zum Wahlerfolg bei den Kommunalwahlen 2004 war bei PRO KÖLN von Abgrenzung kaum etwas zu bemerken. Sogar Mitglieder der neonazistischen „Freien Kameradschaften“ waren bei diversen demonstrativen Aktionen von PRO KÖLN anzutreffen und durften manchmal sogar Reden halten. Noch am 15. März 2003 demonstrierte PRO KÖLN mit Unterstützung des nordrhein-westfälischen NPD-Landesverbandes in den Kölner Stadtteilen Chorweiler und Mülheim gegen den Bau von Moscheen. Die Demonstrationsordner wurden vom NPD-Bundesordnerdienst unter der Leitung von Manfred Börm gestellt.

Im Januar 2003 gab die damalige PRO-KÖLN-Vereinsvorsitzende und heutige Fraktionsvorsitzende Judith Wolter der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ (DS) ein ganzseitiges Interview und bemühte sich um Entspannung, nachdem es zum Streit zwischen Rouhs und NPD-Funktionären gekommen war. Befragt nach der „zukünftige[n] Entwicklung des Verhältnisses zu anderen nationalen Organisationen“ antwortete sie: „Jeder, der sich mit unseren Zielen identifiziert, kann bei uns mitarbeiten – unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit. Wir bemühen uns stets um ein gutes Verhältnis zu anderen nationalen Organisationen und um eine konstruktive

Zusammenarbeit.“ Zur Person Rouhs befragt, antwortete sie: „Manfred Rouhs ist Vorstandsmitglied von ‚Pro Köln‘. Vorsitzende bin jedoch ich.“ Sie könne über sich selbst sagen, dass sie „bisher niemanden angefeindet habe und dies auch künftig nicht vorhabe“.

Rouhs ließ sich aber nicht von seiner Position einer größeren Distanz zur NPD abbringen. In der Ausgabe von Oktober 2005 der „Deutschen Stimme“ notierte die DS-Redaktion: „Die Frage an die Bürgerbewegung, ob einer der Repräsentanten für eine kritische Befragung zur Verfügung stünde, wurde prompt beantwortet. Man müsse verstehen, daß ein Interview mit der DS nicht in Frage käme. Dies würde die Bürgerbewegung kompromittieren. Das ‚freundliche‘ Schreiben wurde von Manfred Rouhs unterzeichnet, [...] der vor einigen Jahren seine Ziele in anderen Zeitungen ausbreitete und sich als NPD-Funktionär anpries.“

Markus Beisicht wiederum stand der „Deutschen Stimme“ in deren Juni-Ausgabe 2007 für ein ganzseitiges Interview zur Verfügung. Darin grenzte er sich zwar – befragt zum Verhältnis zur örtlichen NPD – vom Kölner NPD-Kreisverband ab, da „es einfach zu viel Trennendes, sowohl inhaltlicher als auch strategischer Natur“ geben würde, signalisierte aber alleine durch seine Bereitschaft, ein Interview zu geben, Gesprächsbereitschaft. Außerdem sehe er die „Hauptaufgabe im Kampf gegen Multikulti, Kriminalität und Korruption, und nicht in der Auseinandersetzung mit rechten Konkurrenzparteien“, so Beisicht. Zum Verhältnis zur NPD insgesamt äußerte er sich in dem Interview nicht.

Zum Eklat zwischen PRO und NPD kam es dann im Vorfeld einer für den 16. Juni 2007 von PRO KÖLN angemeldeten Demonstration in Köln. Das Motto: „Köln macht mobil gegen Großmoschee und Islamismus“. „Die NPD im Rheinland und Westfalen unterstützt den Protest der ‚Bürgerbewegung Pro Köln‘ und der Kölner Bürgerinnen und Bürger“, erklärte die NPD, und auch ihre Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) rief zur Teilnahme auf. In einer „Internen Mitteilung“ der nordrhein-westfäli-

2. "Antiislamisierungskongress" 2009 in Köln



schen NPD an ihre Mitglieder hieß es allerdings auch: „Allen Teilnehmern sei noch einmal in Erinnerung gerufen, daß es sich bei ‚Pro Köln‘ um keine befreundete Organisation handelt. Die NPD-NRW unterstützt lediglich das Thema der Demonstration und will durch ihre Anwesenheit zeigen, daß die wirklich nationale Kraft im Rheinland und Westfalen hinter den Protesten der Kölner Bürgerinnen und Bürger steht.“ Auch aus den Reihen der neonazistischen „Freien Kameradschaften“ waren Stimmen zu vernehmen, die auf die Kölner Demonstration orientierten, aber gleichzeitig Unterschiede zu PRO KÖLN deutlich machten: „Beste Möglichkeit zu zeigen, dass wir die wahren Widerstandskämpfer gegen Überfremdung und Islamisierung sind. Gerade diese Demo sollte man besuchen!“, so ein Aktivist der „Freien Nationalisten Gladbeck“ im Internet.

Die Ausrichter der Demonstration sahen sich zu einer klaren Abgrenzung gezwungen: „Alleine die Ehrenfelder Anwohnerinitiative, pro Köln und pro NRW sind die legitimen Veranstalter dieser Demo. Aufrufe anderer Parteien oder irgendwelcher obskurer Politsekte sind nicht autorisiert und in keiner Weise mit uns abgesprochen!“ PRO werde „nicht zulassen, daß andere Gruppierungen, die bislang in der Großmoschee-Debatte eisern geschwiegen bzw. von einer Zusammenarbeit mit gewaltbereiten Islamisten geträumt haben, unsere Kundgebung zweckentfremden“.

Ergebnis war, dass den zirka 200 angereisten NPDlern und „Freien Nationalisten“ die Teilnahme an der letztendlich 150-köpfigen PRO-KÖLN-Demonstration verwehrt wurde. PRO KÖLN sei eine „pseudorechte Populistentruppe“, bewertete die NRW-NPD diese Haltung: „Die Taktik der Bürgerbewegung ist klar. NPD und freie Kräfte sollen vor den Pro Köln-Karren gespannt werden und sollen sich gefälligst mit der Statistenrolle begnügen, während Pro Köln die politischen Früchte erntet.“ Das neonazistische „Aktionsbüro Westdeutschland“ schloss sich an: „Die selbsternannte ‚Bürgerbewegung Pro Köln‘ ist eine reaktionäre, populistische, philosemitische und absolut spießbürgerliche Partei. [...] Den Moscheebau UND ‚Pro Köln‘ stoppen – Für einen revolutionären Nationalismus!“

Dass die Abgrenzungen zur NPD großteils taktischer und weniger inhaltlicher Natur sein könnten, darauf deutete die Teilnahme von Markus Beisicht und PRO-NRW-Generalsekretär Markus Wiener an einem von der kurzlebigen extrem rechten EU-Parlamentsfraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) anberaumten Treffen am 25. September 2007 in Straßburg hin, an dem unter anderem auch DVU-Chef Gerhard Frey und der NPD-Vorsitzende Udo Voigt teilnahmen – und erstaunlicherweise auch der REP-Vorsitzende Rolf Schlierer. Zu einer Einigung in der Frage einer von der ITS-Fraktion angestrebten gemeinsamen Kandidatur der deutschen Rechtsaußenparteien bei der folgenden Europawahl aber kam es erwartungsgemäß nicht.

Das Treffen in Straßburg ist das bisher letzte Zusammentreffen von Spitzenfunktionären so unterschiedlicher Parteien und Gruppen der extremen Rechten aus der Bundesrepublik gewesen. Folglich gelang es den unterschiedlichen Fraktionen der extremen Rechten auch in den Jahren seither nicht – abgesehen vom bis zum Sommer 2009 geltenden „Deutschlandpakt“ von NPD und DVU –, sich bei Wahlkandidaturen auf ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen. Eher war ein gegenteiliges Phänomen zu beobachten: Parteien stellten sich zur Wahl, um gezielt der Konkurrenz im Rechtsaußen-Lager zu schaden.



Selten wurde das so explizit eingeräumt, wie in jenem Interview, das der NPD-Vorsitzende Udo Vogt in der März-Ausgabe 2009 der DS gab. Voigt plauderte dort freimütig aus, dass die NPD zuweilen nicht deswegen antritt, weil sie selbst mit Erfolgen rechnet, sondern um der Konkurrenz rechtsaußen zu schaden bzw. sie nicht allzu groß werden zu lassen. „Im Westen hingegen müssen wir derzeit leider noch sogenannte ‚Verhinderungswahlkämpfe‘ führen“, so wurde Voigt dort zitiert, „um Durchbrüche bürgerlich-reaktionärer Kräfte wie Pro Köln oder der Republikaner solange zu verhindern, bis wir dort aus eigener Kraft an einem von uns zu bestimmenden Zeitpunkt und Ort zu einem gebündelten kraftvollen Gegenschlag ausholen können.“

Dass zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen mit PRO NRW, der NPD und den „Republikanern“ gleich drei Parteien dieses Spektrums antreten werden – und zudem mit „Ab jetzt... Bündnis für Deutschland“ und der „Deutschen Partei“ zwei weitere kleine Rechtsaußen-Gruppierungen ihre Kandidatur angekündigt hatten –, ist Ausdruck des Dilemmas, in dem sich die extreme Rechte in Deutschland befindet. Dabei geht es bei der Landtagswahl auch um die Frage, welches extrem rechte Politikangebot bei den Wählerinnen und Wählern eher ankommt: das eines Rechtspopulismus, wie ihn PRO NRW und REP vertreten, oder das einer radikaleren, neonazistisch geprägten Partei wie der NPD.

Der Niedergang der „Republikaner“ hat sich seit jenem Straßburger Treffen ungebrems fortgesetzt. Bei der Bundestagswahl kam die Partei 2009 auf gerade einmal 0,3 Prozent; bei den Kommunalwahlen vier Wochen zuvor war sie von 0,6 auf 0,2 Prozent dramatisch abgestürzt und hatte zahlreiche Stadtrats- und Kreistagsmandate abgeben müssen. Nachdem PRO NRW bereits in den Jahren zuvor von den „Republikanern“ Personal hinzugewonnen hatte, setzte sich diese Entwicklung nach den Wahlen im Jahr 2009 fort. So wechselte der stellvertretende Landesvorsitzende Frank Maul, der sein Kreistagsmandat in Siegen-Wittgenstein verloren hatte, im Herbst 2009 zu PRO NRW. Er begründete seinen Schritt so: „Wer heute noch in verbrauchten Splittergruppen verharret, die seit zwanzig Jahren Wahlniederlage auf Wahlniederlage häufen, der versündigt sich an der Zukunft Nordrhein-Westfalens und Deutschlands.“ Maul rief dazu auf, mit PRO NRW einen „rechtsdemokratischen Neuanfang“ zu wagen. Die Kommunalwahl habe bewiesen, dass „die pro-Bewegung die einzige gesellschaftlich und parlamentarisch verankerte Vertretung der demokratischen Rechten in Nordrhein-Westfalen“ sei. Neben Maul, der bis zu diesem Zeitpunkt bei der REP-Fraktion im Stadtrat von Herne beschäftigt war, wechselte beispielsweise auch der Hagener Stadtrat Wolfgang Schulz inzwischen von den „Republikanern“ zu PRO NRW.

Andere REP-Funktionäre haben sich zwar (noch) nicht für einen Wechsel entscheiden, ließen aber durch ihre Teilnahme an Veranstaltungen von PRO NRW erkennen, dass sie jedenfalls anders als ihr Parteivorsitzender Schlierer die selbst ernannte „Bürgerbewegung“ nicht rundweg ablehnen. Zu dieser Gruppe gehört mit Ulrich Manes aus Minden ein weiterer stellvertretender Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen.

Während Maul in seiner Austrittserklärung seine Absage an die „Republikaner“ recht drastisch formuliert hatte, als er sie zu den „verbrauchten Splittergruppen“ zählte, startete PRO-NRW-Generalsekretär Markus Wiener seine (Ab-)Werbekampagne Anfang Dezember letzten Jahres mit sanfteren Tönen. „Gerade nach der Schweizer Volksabstimmung über das Minarettverbot sollte allen seriösen rechtsdemokratischen Gruppierungen in Deutschland klar sein, welche große

Chancen es für uns gibt, wenn wir uns einig sind und geschlossen auftreten“, erklärte er. Man müsse nur „das wenige Trennende zurückstellen und das große Gemeinsame in den Vordergrund rücken“. PRO NRW setzt dabei längst nicht mehr auf REP-Parteichef Schlierer und dessen geschäftsführende Stellvertreterin, die nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Ursula Winkelsett, sondern auf die REP-interne Opposition. Einer ihrer Köpfe ist der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende und Mainzer Stadtverordnete Stephan Stritter, der Vertreter von PRO zum Neujahrsempfang seiner Fraktion einlud und im Gegenzug auch als Redner am diesjährigen Empfang von PRO KÖLN teilnahm.

Stritter tritt beim bevorstehenden REP-Bundesparteitag Ende März 2010 möglicherweise gegen Schlierer für das Amt des Vorsitzenden an. Ein Landesparteitag gab ihm mit auf den Weg, die „Republikaner“ müssten „endlich die gescheiterte Isolationspolitik der letzten 15 Jahre aufgeben und als Vorreiter für Wahlbündnisse unter politisch Gleichgesinnten einen Anfang für die Zusammenführung des rechtsdemokratischen Lagers ermöglichen“. Die „Republikaner“ sollten „Gespräche mit gleichgesinnten rechtskonservativen Gruppierungen und prominenten Einzelpersonlichkeiten aufnehmen, die letztlich in die Gründung einer gemeinsamen Wahlplattform münden“. PRO NRW kommt eine solche Offenheit für neue Bündnisse entgegen.

Schlierer hingegen lehnt dies rundweg ab. Sein Parteipräsidium fasste Mitte Dezember 2009 einen Beschluss, mit dem „Anbiederungs- und Umarmungsversuche“ von PRO KÖLN bzw. PRO NRW als unangebracht zurückgewiesen wurden. Schlierer selbst wurde nach jener Präsidiumssitzung mit den Worten zitiert: „Mit uns gibt es kein Kuscheln in braunen Ecken.“ Auch künftig würden die „Republikaner“ nicht mit Leuten kooperieren, „die wegen ihrer ungeklärten Verbindungen zum extremistischen Spektrum sämtliche Verfahren gegen die VS-Beobachtung verloren haben“. Die „Annäherungsversuche“ einiger PRO-Vertreter, die „zum Teil wegen des konsequent verfassungstreuen Kurses die Republikaner früher im Unfrieden verlassen“ hätten, seien zum Scheitern verurteilt. Dabei geht es Schlierer offenbar nicht nur um – behauptete – politische Gegensätze. Mit Beisicht und Rouhs verbindet ihn eine lange währende Feindschaft. Er wirft den beiden PRO-Funktionären vor, schon vor eineinhalb Jahrzehnten gegen ihn intrigiert zu haben.

Ein aus eigener Sicht akzeptables Wahlergebnis bei der Landtagswahl am 9. Mai vorausgesetzt, kann PRO NRW von dem parteiinternen Konflikt bei den REP nur profitieren: Setzt sich Stritter bei dem REP-Parteitag durch, hat PRO es mit einem Vorsitzenden einer potenziell konkurrierenden Partei zu tun, der für Kooperationen und Wahlbündnisse offen ist. Bleibt aber Schlierer Vorsitzender, ist erneut ein personeller Aderlass der REP zu erwarten. Weitere Funktionäre und Mandatsträger der „Republikaner“ würden den Weg zu PRO NRW finden.

Noch einmal vertieft haben sich in den letzten zweieinhalb Jahren seit dem ITS-Treffen in Straßburg die Gräben zwischen PRO NRW und der NPD, während zugleich – betrachtet man nur die Wahlplakate beider Parteien – beide kaum zu unterscheiden sind. Mit Slogans wie „Sicherheit statt Islamisierung“, „Heimat statt Minarette“ oder „Bildung statt Moscheen“ bewegt sich die NPD auf einem antiislamischen Terrain, das bisher in dieser Eindeutigkeit allein „pro NRW“ besetzte. Umgekehrt weitet die Ein-Thema-Partei PRO NRW ein wenig den Blick und plakatiert zur Landtagswahl auch Slogans, die über ihr antiislamisches Standardrepertoire hinausgehen: „Altparteien abwracken“ oder „Intensivtäter wegsperren“.

Die Nähe zu den Politikgehalten anderer Fraktionen der extremen Rechten versucht PRO NRW durch eine permanent wiederholte verbale Abgrenzung zu diesen unkenntlich machen zu können. Dabei stellt sich PRO NRW als „bürgerliche“, „seriöse“, „nonkonforme“, „rechtsdemokratische“, „betont grundgesetzkonforme“, sogar als „basisdemokratische“ Kraft dar. Nach der Kommunalwahl des vorigen Jahres hatte Beisicht ausdrücklich „politikfähige Mitstreiter anderer seriöser Formationen“ zur Mitarbeit bei der „Bürgerbewegung“ eingeladen, zugleich aber deutlich gemacht, wen er nicht dabei haben wolle: den „neonazistischen NPD-Narrensaum“.

Dabei mag sich Beisicht nicht mit den mageren Ergebnissen bescheiden, die extrem rechte Parteien in der Vergangenheit in Nordrhein-Westfalen erzielt haben. Es könne „nicht das Ziel einer rechtsdemokratischen Bewegung sein, die Vorherrschaft im sogenannten rechten Ghetto zu erringen“, meint er und will sogar „bei unseren Kernthemen die Meinungsführerschaft in der Gesellschaft“ anstreben. Doch trotz seiner Versuche, sich selbst quasi als einen „normalen“ Mitbewerber zu den „etablierten“ Parteien und ihren Kandidaten zu inszenieren – von der Oberbürgermeisterwahl in Köln über die Ratswahl in Leverkusen bis hin zur Landtagswahl in NRW – muss er sich doch zunächst einmal mit der Konkurrenz im eigenen extrem rechten Lager auseinandersetzen. Zum einen, weil die „Bürgerbewegung“ tatsächlich von einer in Wählerstimmen umsetzbaren „Meinungsführerschaft in der Gesellschaft“ noch deutlich entfernt ist und daher auch auf das – wenn auch bisher kleine – Spektrum jener Wählerinnen und Wähler, die sich schon in der Vergangenheit für eine extrem rechte Formation entschieden haben, nicht verzichten kann. Zum anderen aber auch, weil den PRO-Oberen regelmäßig ihr eigenes politisches Vorleben in extrem rechten Parteien und Gruppen vorgehalten wird und sie sich davon absetzen müssen.

Die NPD wird so in diesem Jargon der erzwungenen Abgrenzung zum „Narrensaum“ gar zum „NS-Gruselkabinett“. Judith Wolter spricht von „ghettoisierten, klischierten und bezahlten rechten Narren“. Beisicht erklärte im Januar 2009, die nordrhein-westfälische NPD habe sich „zu einem Sammelbecken von antisemitischen Neonazis, autonomen Nationalisten sowie diversen Zuträgern von staatlichen Diensten entwickelt. Sie möchte unbedingt dem Klischee entsprechen, das der politische Gegner vom rechten Spektrum gerne zeichnet“. PRO verstehe sich hingegen „bewusst als Gegenentwurf zu den abgewirtschafteten und klischierten alten Rechtsaußengruppierungen“.

Dabei halten Beisicht und sein Gefolge der NPD und den „parteilosen“ Neonazis nicht nur deren von der Zeit überholte ideologische Position und eine antiquierte Optik vor. Im Dezember 2009, als PRO NRW zwei Nominierungsveranstaltungen für Landtagskandidaten in Euskirchen und Düren platzen ließ, weil auch NPDler bzw. „parteilose“ Neonazis zu den Treffen erschienen waren, lenkte der PRO-NRW-Vorsitzende anschließend den Blick auf den NRW-Verfassungsschutz. Es sei „ein offenes Geheimnis, dass die nordrhein-westfälische Kostümnaziszene, einschließlich der NPD, von sogenannten Vertrauensmännern des Verfassungsschutzes mit gesteuert“ werde, erklärte er und fuhr fort: „Nun werden offenbar neonazistische Kettenhunde, in welchem Auftrag auch immer, zur Verhinderung von nach dem Wahlgesetz notwendigen Aufstellungsversammlungen von pro NRW eingesetzt.“ Möglicherweise meine das Düsseldorfer Innenministerium, dass im Kampf gegen PRO NRW „offenbar nunmehr alle Mittel zulässig wären“.

Doch trotz der wiederholten Absagen an die NPD: Zumindest Teile ihres Personals übernimmt man dennoch, so zum Beispiel Nico Ernst und Tobias Nass (siehe hierzu Seite 18).

Der nordrhein-westfälische Landesverband der NPD muss sich im Vorfeld der Landtagswahl Sorgen machen, dass ihm die neue Konkurrenz im Lager der extremen Rechten den Rang abläuft und er erneut sogar an der Ein-Prozent-Hürde scheitert und damit keine Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhalten würde. Nach der Schweizer Volksabstimmung über ein Minarettverbot startete zunächst die Bundes-NPD und dann sehr rasch auch der NRW-Landesverband eine eigene antiislamische Kampagne. „Das Anliegen eines Minarettbau-Verbots auch in Deutschland ist zu wichtig, um es den etablierten Versagerparteien und pseudo-oppositionellen Trittbrettfahrern zu überlassen“, erklärte der stellvertretende Parteivorsitzende Karl Richter – wobei er mit den „pseudo-oppositionellen Trittbrettfahrern“ insbesondere die PRO-Gruppierungen, aber auch die „Republikaner“ gemeint haben dürfte.

Doch der NPD geht es nicht allein um Minarette. Sie seien die „äußeren Geschwüre“, nicht aber „die Ursachen der Probleme“, erklärte der Landesvorsitzende Claus Cremer. „Ausländer raus“ bleibt das Motto der NPD, auch wenn Cremer eine Langfassung dieser Parole bevorzugt: „Wir wollen das Deutschland das Land der Deutschen bleibt und dazu gehört auch, daß die Überfremdung und Islamisierung unserer Heimat gestoppt und hier lebende Ausländer in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.“

Ganz so weit geht PRO NRW zwar nicht, wenn im Wahlprogramm formuliert wird: „Pro NRW sagt NEIN zur Einwanderung in unsere Sozialsysteme, zu Asylmissbrauch, Überfremdung und Islamisierung!“ Doch der Unterschied dürfte nur ein gradueller sein.

# Strategie und Propaganda

Die durchaus geschickt gewählte Namensgebung spielt eine nicht unerhebliche Rolle bei dem Versuch, sich populistisch als scheinbar kommunale Interessenvertretung bürgerschaftlicher Anliegen zu verkaufen. Während etwa bei Unterschriftensammlungen der NPD auf den ersten Blick erkennbar ist, dass es sich hierbei um eine Wahlpartei der extremen Rechten handelt, suggeriert das „PRO“ politisch unverfängliche Bürgernähe. Dies ist für die Strategie dieser Gruppierung von immenser Bedeutung, da das Sammeln von Unterschriften einen wichtigen Stellenwert in deren politischer Methodik einnimmt. Das Gleiche lässt sich zu der Bezeichnung „Bürgerbewegung“ sagen.

PRO NRW tritt in der Tradition Freier Wählergemeinschaften in Erscheinung, um sich als eine neue und „seriöse“ Kraft von Rechts zu inszenieren.

In einem der ersten Werbeblätter von PRO NRW nach deren Konstituierung als Partei heißt das Motto: „Vom Erfolgsmodell pro Köln (...) zu einem erfolgreichen Neuanfang in ganz NRW!“ Das Kölner „Erfolgsmodell“ wird als exportfähig eingeschätzt: „Mit der Bürgerbewegung pro NRW wird dieses Erfolgsmodell jetzt auf andere Städte Nordrhein-Westfalens übertragen. Ziel ist es, bei der Kommunalwahl 2009 und danach bei der Landtagswahl 2010 für ein politisches Erdbeben an Rhein und Ruhr zu sorgen.“

Auch wenn im aktuellen Landtagswahlprogramm einige Stichpunkte ergänzt worden sind, erschöpft sich die politische Programmatik von PRO NRW in einer Ansammlung von Stammtischparolen. Probleme, Ängste und Vorurteile werden schlagwortartig zugespitzt, undifferenziert miteinander vermischt und Feindbilder aufgebaut, um sich selbst als moralische Instanz und politische Ordnungsmacht inszenieren zu können, welche die Sorgen der Bevölkerung aufzunehmen bereit ist: „Massenzuwanderung trotz millionenfacher Arbeitslosigkeit, immense Staatsverschuldung, hohe Kriminalität und arrogante Entscheidungen wider den Volkswillen – das hat Unmut hervorgerufen. Die Bürgerbewegung pro NRW tritt an, um der ‚schweigenden Mehrheit‘ wieder eine Stimme zu geben.“

Mit derartigen Plattitüden wird versucht, komplexe Probleme in nationalistischer Manier zu vereinfachen.

Anhand des Parteiprogramms von PRO NRW lassen sich nur rudimentär Rückschlüsse auf die realpolitische Ausrichtung dieser Partei ziehen. Eine fundierte Bewertung der politischen Ausrichtung von PRO NRW bedarf der Einbeziehung der politischen Methodik und Praxis wie des politischen Kontextes der Aktionsformen.

Der Aufbau von Kreisverbänden, die als scheinbar lokale „Bürgerbewegungen“ antreten, orientiert sich an der Strategie der rechtspopulistischen Zuspitzung sensibler Themen, wie es in einem Anschreiben des PRO-KÖLN-Vorsitzenden Beisicht deutlich wird:

„Mit unseren Schwerpunkten – Kampf gegen Multikulti-Auswüchse, Kriminalität und Korruption – haben wir eine ernstzunehmende, seriöse Opposition von rechts aufbauen können.“ Um vor Ort Wirkung entfalten zu können, fordert der Parteichef von seiner Gefolgschaft ein

„absolutes seriöses Auftreten“ und die Hinwendung zu kommunalen Themen: „Wir müssen uns aktiv in die jeweilige kommunalpolitische Diskussion einbringen. Pro NRW muss in den Kommunen vor Ort die Meinungsführerschaft gewinnen.“

Die Methodik zum Aufbau und zur Steuerung eines rechtspopulistischen Netzwerkes ist in einem Strategiepapier dargelegt, das als „Aufbaukonzept“ die Grundlagen zum Aufbau der PRO-Bewegung aufzeigt. Es wurde Anfang 2006 von Manfred Rouhs in Köln im Rahmen eines „Strategie-seminars“ für PRO D vorgestellt. In diesem Konzept wird die Erstellung von Bürgeranfragen als „Kernarbeit der Bürgerbewegung“ beschrieben. Die Erfassung von Adressen der unterschriebenen Petitionen diente in der Anfangszeit der Bewegung als „wichtigstes politisches Kapital“ der Gruppierung zur Entfaltung weiterer Propagandastrategien. Als „Kerngeschäft“ wird das Ausnutzen der Möglichkeit zur Erstellung von Petitionen für ein Bürgerbegehren offen bezeichnet: „Die auf die Anbindung von Menschen abzielenden Petitionen aber sind unser Kerngeschäft, mit dem der Erfolg unserer politischen Arbeit steht und fällt.“

Die strategische Leitlinie ist offensichtlich die Instrumentalisierung kommunalpolitischer Mitbestimmungs- und Beschwerdemöglichkeiten für eigene Wahlkampfzwecke.

Ein weiterer Schritt zur Einbindung neuer Mitglieder ist der Aufbau unterschiedlicher „Arbeitskreise“. An PRO NRW bzw. PRO KÖLN angegliedert sind der PRO-NRW-Arbeitskreis „Pro Mittelstand NRW“, der „frauen- und familienpolitische Arbeitskreis“, „Christen pro Köln“, sowie die „Jugend pro NRW“. Besonderer Beachtung bedarf der Arbeitskreis „Jugend pro NRW“, da hierüber die Agitation vor Schulen vorangetrieben wird. Hierzu wurden eine eigene Schülerzeitung mit dem Titel OBJEKTIV sowie Flugblätter erstellt, die speziell Jugendliche und junge Erwachsene ansprechen sollen. Flugblätter mit Botschaften wie „Mach mich nicht an, Mehmet!“ zielen deutlich in diese Richtung.

PRO NRW bedient sich inhaltlich wie in der Wortwahl des plakativen Stils rechtspopulistischer Propaganda. Probleme, Ängste und Vorurteile werden schlagwortartig zugespitzt, undifferenziert miteinander vermischt und Feindbilder aufgebaut, um sich selbst als moralische Instanz und politische Ordnungsmacht inszenieren zu können, welche die Sorgen der Bevölkerung aufzunehmen bereit ist. So heißt es beispielhaft in populistischer Manier:

„Nachdem sich die Bundestagsabgeordneten ihre Luxus-Pensionen erhöht haben, holen nun die Parteien zum nächsten Griff in die Tasche des Steuerzahlers aus: CDU und SPD fordern mehr Geld vom Staat. (...) Die große Koalition der Abzocker kennt keine Scham!“

Der Stil ist typisch für rechtspopulistische Kampagnen: Zunächst werden vorhandene Missstände und Ressentiments verallgemeinert und zugespitzt. Dann wird auf Tugenden wie Anstand, Idealismus, Ordnung und Sauberkeit verwiesen. Darauf Bezug nehmend inszenieren sich Rechtspopulisten als Sprachrohr für „Volkes Stimme“. So heißt es bei PRO NRW weiter:

„Unser Land braucht endlich wieder Idealisten, die zum Wohle der einheimischen Bevölkerung Verantwortung übernehmen. Menschen, die nicht von der Politik, sondern für die Politik leben. Die große Koalition der Abzocker dagegen gehört abgewählt, besser heute als morgen!“

Hierbei wird bewusst mit Simplifizierungen und Feindbildern operiert. So heißt es in einer Selbstdarstellung von PRO NRW:



Foto: LOTTA - antifaschistische Zeitung aus NRW, projekte.free.de/lotta

„Massenzuwanderung trotz millionenfacher Arbeitslosigkeit, immense Staatsverschuldung, hohe Kriminalität und arrogante Entscheidungen wider den Volkswillen – das hat Unmut hervorgerufen. Die Bürgerbewegung pro NRW tritt an, um der ‚schweigenden Mehrheit‘ wieder eine Stimme zu geben.“

Mit derartigen Plattitüden wird versucht, komplexe Probleme in nationalistischer Manier zu vereinfachen.

Ein besonderes Merkmal rechtspopulistischer Propaganda ist, dass Themen und Vorurteile aus der gesellschaftlichen Mitte herausgegriffen werden, um sich als „Vollstrecker“ von gesellschaftlich angeblich berechtigten Interessen darzustellen.

Zusammengefasst sind es folgende Themen, mit denen kampagnenartig operiert wird:

- Zuwanderung / Islam / Nationale Identität
- Filz / Klüngel / Korruption
- Sicherheit / Kriminalität
- Verfolgung / Meinungsfreiheit

Wie das funktioniert, hat PRO KÖLN demonstriert: Rechtspopulistische Kampagnen gegen den „Drogenstrich“ in Köln-Longerich oder gegen ein Flüchtlingswohnheim im Stadtteil Weidenpesch werden unter dem Mantel von „Bürgerbegehren“ inszeniert. Hierbei werden gesellschaftliche Vorurteile populistisch aufgeladen und zugespitzt. Ziel ist dabei augenscheinlich die Kanalisierung von Ängsten und Vorurteilen, um sich selbst als handlungsorientierte

Interessenvertretung inszenieren zu können. Aufrufe gegen den „Kölner Klüngel“ oder den „Tango Korrupti“ sollen suggerieren, dass PRO KÖLN als „Anwalt der kleinen Leute“ gegen die „korrupten Altparteien“ auftritt.

Auf Stammtisch-Niveau werden Vorurteile gebündelt und wird in autoritärer Manier das Bild von gesellschaftlicher „Ordnung und Sauberkeit“ beschworen. So hieß es etwa bei „Pro Gelsenkirchen“: „Uns sind 270.000 Gelsenkirchener wichtiger als eine Handvoll alternativer Spinner!“

Der Rechtspopulismus von PRO NRW lebt von der Skandalisierung sowie der dumpfen Provokation.

Mittels öffentlicher Kampfansagen wird an einer populistischen Schraube gedreht. So kündigt etwa der bei PRO NRW eingetretene Finanzier Patrik Brinkmann einen „Kreuzzug gegen den Islam in Deutschland“ in Form eines Veranstaltungsmarathons quer durch NRW zur heißen Wahlkampfzeit an. Solche provokativen Inszenierungen sind Ausdruck einer populistischen Strategie, die auf Eskalation ausgerichtet ist. Die Spielregeln dieses populistischen Täter-Opfer-Spiels lauten: Bewusste Inszenierung eines Konflikts durch rassistische Provokation und nach der Protestaktion folgt die Selbstinszenierung als „Opfer einer Meinungsdictatur“ als Argument zum weiteren Antrieb der populistischen Schraube. Dies praktizierte die PRO-Bewegung schon mit ihrem als „Anti-Islamisierungskongress“ angekündigten Spektakel in Köln in den Jahren 2008 und 2009. Nach dem gleichen Eskalationsschema soll augenscheinlich auch der für Ende März 2010 angekündigte „Sternmarsch“ auf die Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh ablaufen. Diese populistische Eskalationsstrategie ist das öffentlichkeitswirksame Mittel für einen rassistisch aufgeladenen Kulturkampf, mit dem sich die Rechtsaußenparteien politischen Geländegewinn zu erkämpfen hoffen. Er wird populistisch gefüttert durch die Mär von der „schleichenden Islamisierung“. Soziale und ökonomische Probleme werden damit ethnisiert und ihr politischer Stellenwert verschleiert. Die Ethnisierung der sozialen Frage dient damit zugleich der Zersetzung von Solidaritätspotenzialen in den von der Krise am stärksten betroffenen Schichten. Die PRO-Bewegung versucht mit ihrem Kulturkampf-Populismus zur stärksten Kraft von Rechtsaußen in NRW zu werden und zugleich eine politische Lücke zwischen der extremen und der konservativen Rechten zu besetzen.



# Von Rechts zur Mitte

Im allgemeinen Sprachgebrauch hat sich der Begriff des Rechtspopulismus als Kennzeichnung für eine spezielle Form politischer Rhetorik im rechten Spektrum eingebürgert. Konjunktur erfuhr der Begriff des Rechtspopulismus auf der europäischen Ebene zunächst durch die Inszenierungen des mittlerweile verstorbenen österreichischen Rechtsaußenpolitikers Jörg Haider. Seit dem Aufkommen der SCHILL-PARTEI erlangte der Begriff auch für die Kennzeichnung spezifischer bundesdeutscher Rechtsaußen-Parteien an Bedeutung. Da es sich bei diesen Kennzeichnungen jedoch zumeist lediglich um den Versuch einer Beschreibung bestimmter rhetorischer und propagandistischer Inszenierungsformen handelt, ist die inhaltliche Ausrichtung der so beschriebenen Protagonisten damit noch gar nicht erfasst. Für Parteien der extremen Rechten wie der „PRO“-Bewegung dient die rechtspopulistische Anrufung „des Volkes“ der Einbindung neuer Zielgruppen jenseits des offen rechten Randes, um im Zeichen der Krise politischer Repräsentation neue politische Lücken strategisch besetzen zu können. Die affirmative Bezugnahme auf den Rechtspopulismus dient in diesem Kontext dazu, sich selbst als dem rechtskonservativen Spektrum zugehörig und sich vom Stigma „rechtsextremistisch“ abgrenzend darzustellen.

PRO KÖLN wird als Ursprungsorganisation im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen unter der Rubrik „Rechtsextremismus“ aufgeführt, wogegen PRO KÖLN bislang erfolglos geklagt hat. Die extremismustheoretischen Kategorisierungsinstrumentarien des Verfassungsschutzes unterscheiden jedoch rein formalistisch zwischen einer „demokratischen Mitte“ und „extremistischen Rändern“, ohne die innere Verfasstheit dieser „Mitte“ wie dieser „Ränder“ inhaltlich zu durchdringen oder gar infrage zu stellen. Der eigentliche politische Fixpunkt der „PRO“-Bewegung, die Braunzone zwischen den Rändern des etablierten Konservatismus und offenem Rechtsextremismus, findet in einer solchen Differenzierung keine Berücksichtigung. Ein populistischer Politikstil mit nationalistischer und kulturalisierender Rhetorik ist jedoch zugleich in der politischen Mitte der repräsentativen Demokratie zu finden und trägt ganz entscheidend zur Wirkungsmächtigkeit rassistischer Forderungen bei. Die populistische Verknüpfung der sozialen mit der nationalen Frage durch die Anrufung von „nationaler Identität“ und „deutscher Leitkultur“ erweist sich als Einfallstor für die extreme Rechte. Eine inhaltlich orientierte und zugleich gesellschafts- und staatskritisch ausgerichtete politikwissenschaftliche Analyse extrem rechter Bewegungen und deren Methodik bedarf daher anders gefasster Kategorisierungsmöglichkeiten. Deshalb wird hier der Begriff „extreme Rechte“ zur Kennzeichnung des äußeren rechten Randes des politischen Spektrums verwendet. Dieser Sammelbegriff umfasst das gesamte politische Rechtsaußen-Spektrum von der Braunzone zwischen rechtskonservativen und rechtsextremen Zirkeln bis hin zu offen neonazistischen Szenen und misst sich nach folgenden inhaltlichen Zuordnungskriterien:



PRO KÖLN präsentierte am 16. Juni 2007 Köln-Ehrenfeld ein Zitat des Kölner Schriftstellers Ralph Giordan

Foto: LOTTA - antifaschistische Zeitung aus NRW, projekte.free.de/lotta

- völkisch-nationalistische Ausprägungen
- rassistische und antisemitische Ausprägungen
- autoritäre Politikvorstellungen
- Ablehnung des gesellschaftlichen Gleichheitsprinzips
- Diskriminierung von Minderheiten
- Ethnisierung / Nationalisierung sozialer und ökonomischer Problemlagen

Mit ihren antiislamisch ausgerichteten rechtspopulistischen Inszenierungen zielt die „PRO“-Bewegung auf den Einbruch von Rechtsaußen in die politische Mitte. In der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“, die schon seit Jahrzehnten nach einer neuen Kraft von Rechtsaußen sucht, welche die Anbindung an das konservative Establishment erreicht, wurden diese Bemühungen erörtert. Dort erläuterte der „PRO“-Vorsitzende Markus Beisicht den strategischen Hintergrund der Parteigründung: „In den neunziger Jahren waren alle herkömmlichen rechtsbürgerlichen Parteien an einen toten Punkt gelangt. Es war klar, wir mussten etwas Neues erfinden: Statt einer bundesweiten Partei, haben wir mit Pro Köln den entgegengesetzten Ansatz gewählt: den einer kommunalen Bürgerbewegung.“ Angesichts der Mobilisierungsschwäche extrem rechter Parteien gerade in Westdeutschland erscheint ein solches Projekt interessant für jene, die sich um die Formierung einer neuen Kraft rechts von der Union bemühen. So fragt ein Redakteur der neurechten „Jungen Freiheit“ nach dem Zweck dieses PRO-Modells: „Pro Köln ist also keine Anti-Moscheebau-Bürgerinitiative, sondern ein rechtes Parteiprojekt, das nur in diesem Gewand daherkommt?“ Die Antwort des PRO-NRW-Vorsitzenden bestätigt dies: „So könnte man sagen. (...) Gerade in Großstädten kann man damit punkten! Wir haben die Marktlücke besetzt, und es ist uns der Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten.“

Losgelöst von der Frage der Erfolgsaussichten für diese neue Kraft von Rechtsaußen hat diese rechtspopulistische Agitation Folgen für das soziale Klima. Als prägendes Merkmal der öffentlichen und medialen Debattenkultur sieht der Journalist Eberhard Seidel einen Rutsch von Rechtsaußen-Parolen in breitere Kreise: „Ein Kulturalismus, der in der Vergangenheit dem äußersten rechten Rand des politischen Spektrums vorbehalten war, erfreut sich heute auch in der bürgerlichen Mitte großer Popularität.“

Deshalb sollte es in der öffentlichen Auseinandersetzung mit den antiislamischen Kampagnen von Rechts weniger um extremismustheoretische Zuordnungsfragen gehen. Die zentrale Problematik misst sich nicht an der Frage, ob derartige Gruppierungen formaljuristisch als „rechtsextrem“ oder *nur* rechtspopulistisch einzustufen sind. In der politischen Praxis stellen die als Rechtspopulisten bezeichneten Parteien und Bewegungen in Europa trotz unterschiedlicher Ansätze mehrheitlich keine Abkehr, sondern vielmehr eine dem politischen Zeitgeist konforme Ausprägung der extremen Rechten dar. Das zentrale Problem zeigt sich in einer Ethnisierung sozialer Problemlagen. Eine solche „Kulturalisierung“ der Politik führt zu einer Entpolitisierung gesellschaftlicher Konflikte und produziert Feindbilder gegenüber Minderheiten. Daher ist die offensive Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Erscheinungsformen im Lager der extremen Rechten nur die eine Seite der Medaille. Zugleich müssen auch rechtspopulistische Entwicklungen im Zentrum politischer Macht in den kritischen Blick genommen werden.

Für kulturelle Vielfalt und ein demokratisches Miteinander!

# Appell

## zur kommunalpolitischen Vorbeugung gegen einen rassistischen Populismus

**Im Vorfeld** der anstehenden Wahlen versucht die extreme Rechte in NRW verstärkt, kommunal an Einfluss zu gewinnen.

Gezielt werden dabei soziale und politische Probleme aufgegriffen und mit populistischen Kampagnen rassistisch besetzt.

**Die extreme Rechte** stilisiert dabei die multikulturelle Gesellschaft zum zentralen Feindbild. Kampagnen gegen Moscheebau und Minarette werden dazu benutzt, um einen kulturellreligiös aufgeladenen Rassismus gesellschaftsfähig zu machen.

**Im Wahlkampf** vertreten alle Rechtsaußenparteien einen antiislamischen Populismus, der mit völkisch-rassistischen Parolen aufgeladen wird. „*Deutsche wehrt euch – Gegen Überfremdung, Islamisierung und Ausländerkriminalität!*“ lautet eine Kampagne des NPD-Landesverbandes NRW und auch die REPUBLIKANER bedienen sich im Wahlkampf ähnlicher Parolen.

Unter dem Namen „*Bürgerbewegung pro NRW*“ tritt erstmals eine regionale Wahlpartei der extremen Rechten in Erscheinung, welche Anti-Moscheebau-Kampagnen in den Mittelpunkt ihrer Agitation gerückt hat.

Zu deren Selbstinszenierung dienen u.a. ein als „*Anti-Minarett-Kongress*“ getarntes Wahlkampf-spektakel und ein angekündigter „*Sternmarsch*“ zur Moschee in Duisburg-Marxloh.

Solche Kampagnen sind für diese Gruppen ein öffentlichkeitswirksamer Versuch, antimuslimischen Rassismus gesellschaftsfähig zu machen.

Denn in den öffentlichen Auseinandersetzungen um Minarette und Moscheebauten werden zugleich die Konfliktfelder unserer Einwanderungsgesellschaft sichtbar.

Probleme wie religiöser Fundamentalismus, Verletzung von Menschenrechten und Integrationsdefizite sind real.

Doch können diese Konflikte nicht pauschal Zuwanderern angelastet werden, sondern müssen als gemeinsame Herausforderung begriffen werden.

**Die extreme Rechte** hingegen verknüpft die Glaubensfrage mit der Integrationspolitik und suggeriert eine Gefahr durch eine vermeintlich „fremde Kultur“:

Zugewanderte = Islam = Islamismus = Bedrohung lautet dabei die rassistische Gleichsetzung von Rechts.

**Wir dürfen nicht zulassen**, dass im Wahlkampf Rassismus und Ausgrenzung über den Umweg von Kulturkampf-Parolen und der Instrumentalisierung von religiösen Fragen im kommunalpolitischen Alltag an Einfluss gewinnen.

**Deshalb wollen** wir Aktivitäten entfalten, die kommunales Engagement gegen die extreme Rechte mit dem Ausbau eines demokratischen und auf Vielfältigkeit orientierten Stadt- bzw. Gemeindelebens sowie einer auf Partizipation ausgerichteten Integrationspolitik verknüpfen.

**Dazu erachten wir folgende Punkte als wichtige Handlungsansätze.**

---

Gemeinsam handeln!

## Zehn Punkte gegen rassistischen Populismus

### **1. Verantwortung zeigen**

**1.** In den Kommunen müssen Politik und Gesellschaft offensiv den Kampagnen der extremen Rechten entgegentreten. Hierzu gehört ein deutliches Bekenntnis kommunaler Einrichtungen und politischer Entscheidungsträger zum Engagement gegen jegliche rassistische Interventionen vor Ort. Im Alltag muss deutlich gemacht werden, dass Gleichgültigkeit gegenüber solchen Aktivitäten das Einfallstor für kommunale Verankerung von Rechtsaußen ist. Daher gilt es, jeglichen rassistischen Agitationsversuchen eine Absage zu erteilen.

### **2. Sachkenntnis herstellen**

**2.** Zur Entwicklung einer wirksamen Handlungsstrategie gegen Rechts ist eine profunde Kenntnis der Strukturen, der propagandistischen Inhalte und der Akteure der extremen Rechten vor Ort und deren Netzwerken Voraussetzung. Über die organisatorische Struktur und die inhaltliche Ausrichtung extrem rechter Gruppierungen im kommunalen und regionalen Rahmen müssen aktuelle Informationen erstellt und aufbereitet werden.

### **3. Vorbeugung und Aufklärung betreiben**

**3.** Zur vorbeugenden Unterbindung von rechtsextremer Ideologie müssen Aufklärung und pädagogische Maßnahmen dort eingesetzt werden, wo Kampagnen von Rechtsaußen Wirkung zu entfalten versuchen. Von zentraler Bedeutung sind hierbei sozialräumlich etablierte

„Mittler“ zur Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechts und für ein demokratisches Zusammenleben - auch und gerade in problembelasteten Stadtteilen.

#### **4. Engagement von unten stärken**

Die Auseinandersetzung mit rassistischem Populismus kann nicht an die Politik delegiert werden. Gestaltungsspielräume des Rechtsextremismus nachhaltig einzuengen, wird in erster Linie durch die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geschaffen.

Eine Kommune, die offensiv und aktiv die demokratische Gemeindegkultur stärken will, braucht ein breites und vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement unterschiedlicher Organisationen. Von Bedeutung ist die Kooperationen zwischen öffentlichen und kommunalen Einrichtungen mit Bürgerhäusern und Nachbarschaftsheimen, Volkshochschulen, Kirchengemeinden, Gewerkschaften, Schulen, Jugendzentren, interkulturellen Begegnungsorten, Vereinen, antirassistischen und antifaschistisch orientierten Initiativen und Migrantenselbstorganisationen.

#### **5. Bündnisse gegen Rassismus fördern**

Zur nachhaltigen Bekämpfung von Rechtsextremismus ist die entschiedene Positionierung gegen Rassismus nur die eine Seite der Medaille: Zugleich müssen kommunale Bündnisse für demokratische Vielfalt und Toleranz geschaffen werden, in denen auch Vertreter von Zuwanderer-Vereinigungen eine aktive Rolle spielen.

Integrations- und Migrationsräte sowie unterschiedliche Selbstorganisationen von Zugewanderten spielen bei kulturellen, sozialen und bildungs-politischen Integrationsmaßnahmen eine große Rolle. Sie tragen dazu bei, interkulturelles Alltagsleben erfahrbar zu machen. Ihren Potentialen muss öffentliche Anerkennung und gesellschaftliche Wertschätzung zukommen.

#### **6. Demokratische und interkulturelle Identifikationsangebote schaffen**

Zuwanderung muss im lokalen Geschehen als gesellschaftliche Normalität verständlich gemacht werden, die für kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar ist. Hilfreich hierzu kann die Formulierung eines kommunalen Leitbildes für ein multikulturelles Miteinander sein, über das zugleich Zielvorgaben zur Verbesserung und Institutionalisierung von Maßnahmen erarbeitet werden.

Die Bereicherung eines lebendigen interkulturellen Miteinanders muss stärker öffentlich herausgestellt werden. Hierzu können innovative oder bewährte kommunale Beispiele gelungener Aktivitäten für interkulturellen Austausch öffentlich vorgestellt und zur Nachahmung empfohlen werden.

#### **7. Integrationspolitik aktiv gestalten**

Die kommunale Integrationspolitik ist von zentraler Bedeutung für das friedliche Zusammenleben in einer multiethnischen Kommune.

Einer Politik, die Integration von Zugewanderten als Querschnittsaufgabe versteht, kommt eine herausragende Bedeutung in der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu.

Eine nachhaltige Integrationspolitik ist ein zentrales Mittel zur Vorbeugung gegen rassistische Hetze.

Hierzu sind verstärkte finanzielle und politische Anstrengungen vonnöten, um kommunale Handlungspotentiale stärken und die rechtlichen und sozialen Benachteiligungen zugewanderter Bevölkerungsteile beseitigen zu können.

### **8. Instrumentalisierung von Glaubensfragen unterbinden**

Die Anerkennung des Rechts auf freie Religionsausübung ist ein Grundrecht in unserer säkular orientierten Gesellschaft. Zur Förderung eines respektvollen Miteinanders auf Augenhöhe gehört auch die gesellschaftliche Integration des Islams in Deutschland. Hierbei sind noch große Aufgaben zu bewältigen, die einen sachlichen Umgang mit den damit verbundenen Schwierigkeiten erfordern.

Deshalb ist jede Form politischer Instrumentalisierung von Glaubensfragen zu vermeiden. Anstelle der Überhöhung von religiösen Glaubensfragen sollten gemeinsame soziale und kulturelle Alltagsinteressen in unserer Einwanderungsgesellschaft in den Vordergrund gestellt werden.

### **9. Interkulturelle Konflikte und „Angst-Themen“ offensiv diskutieren**

Eine Einflussmöglichkeit erhält die extreme Rechte dort, wo sie politische Leerstellen besetzen kann. Integrationspolitische Fragen und Probleme müssen deshalb offen unter demokratischen Vorzeichen mit dem Ziel erörtert werden, zu Lösungen für ein respektvolles interkulturelles Miteinander zu kommen. Hierzu gehören auch kritische Fragen zu Moscheebauvorhaben, zum politischen Fundamentalismus und zu Problemen im Zusammenleben verschiedener „Kulturen“ (die keine homogenen Blöcke sind). Bei der Auseinandersetzung mit integrationspolitischen Fragen ist das interkulturelle Klima in einer Kommune von entscheidender Bedeutung. Eine wirksame Auseinandersetzung mit rechtspopulistischer Instrumentalisierung interkultureller Konfliktthemen beinhaltet konstruktive Kritik an integrationspolitischen Fehlentwicklungen unter aktiver Einbeziehung von Interessensgruppen von Zugewanderten.

### **10. Kulturkampf-Parolen im Wahlkampf unterbinden**

Dem Rassismus von Rechtsaußen im Wahlkampf muss eine Politik der Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt entgegengesetzt werden. Das beinhaltet auch einen kritischen Blick auf die politische Mitte.

Jeglichen Wahlkampagnen auf dem Rücken von Zugewanderten ist daher eine deutliche Absage zu erteilen. Populistische Kulturkampf-Parolen verdecken reale Probleme und verstärken rassistische Ressentiments.

Anstelle von religiös oder kulturell hergeleiteten Leitkultur-Parolen oder Anpassungsforderungen muss eine Orientierung auf soziale Integration und kulturelle Ausdifferenzierung gesetzt werden.

Angesichts der vielfältigen sozialen und integrationspolitischen Anforderungen in Nordrhein-Westfalen ist eine Politik erforderlich, die sich den integrationspolitischen Anforderungen einer

Einwanderungsgesellschaft unter der Prämisse eines gleichberechtigten und respektvollen Miteinanders offensiv stellt und jeglichem kulturalistischem Populismus eine Absage erteilt.

*Köln und Düsseldorf, den 19. April 2009*

**Der Appell ist initiiert von**

Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen  
Migrantenvertretungen in Nordrhein-  
Westfalen

Migrationsrat der Stadt Oberhausen

Info- und Bildungsstelle gegen  
Rechtsextremismus im NS-  
Dokumentationszentrum der Stadt Köln

Arbeitsstelle Neonazismus an der  
Fachhochschule Düsseldorf

**Unterstützer des Appells**

Integrationsrat der Stadt Köln

Beirat für Zuwanderung und Integration  
der Stadt Duisburg

Integrationsrat der Stadt Dormagen

Integrationsrat der Stadt Leverkusen

Integrationsrat der Kreisstadt Unna

Integrationsrat der Stadt Eschweiler

Integrationsrat der Stadt Siegen

Ausländerbeirat der Stadt Dortmund

Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz  
und Demokratie der Stadt Dortmund

Wuppertaler Initiative für Demokratie und  
Toleranz

Gewalt Akademie Villigst

Düsseldorfer Appell / Respekt und Mut

Rat der Stadt Köln

DGB Region Köln

Verein EL-DE Haus, Köln

Jugendclub Courage Köln

Gedenkhalle und Bunkermuseum Stadt  
Oberhausen



# Adressen

**Ak Ruhr - Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte  
gegen rechtsextreme Tendenzen bei  
Jugendlichen**

www.ak-ruhr.de, für Anfragen nach  
Informationsmaterial: Stadt Essen,  
Jugendamt, Politische Bildung, Tel:  
0201/8851187,  
horst.zimmer@jugendamt.essen.de

**Arbeitsstelle Neonazismus /  
Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus  
und Neonazismus der Fachhochschule  
Düsseldorf**

Universitätsstr. 1, Geb. 24.21,  
40225 Düsseldorf,  
www.arbeitsstelle-neonazismus.de

**LAGA NRW,  
Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen  
Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen**

Helmholtzstraße 28, 40215 Düsseldorf, Tel.:  
0211 / 99416-0, www.laga-nrw.de

*Für Hilfestellungen bei der Beschaffung von  
Hintergrundmaterialien ist an dieser Stelle  
zu danken:*

**Antirassistisches Bildungsforum Rheinland**  
c/o Buchladen Le Sabot, Breite Straße 76,  
53111 Bonn, Tel: 01520 / 8494450,  
bildungsforum@gmx.de

**Antifaschistisches Pressearchiv und  
Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz)**

Lausitzer Straße 10, 10999 Berlin,  
Tel.: 030 / 6116249, www.apabiz.de

**Hartmut-Meyer-Archiv der Vereinigung der  
Verfolgten des Naziregimes - Bund der  
AntifaschistInnen, Landesvereinigung NRW,  
VVN/BdA NRW**

Gathe 55, 42107 Wuppertal, 0202/45 06 29,  
www.nrw.vvn-bda.de

**LOTTA**

**Antifaschistische Zeitung aus NRW**

Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen  
projekte.free.de/lotta





